Innenpolitisches 8 11 26

JB→bitte ansehen! … und die Frage beantworten - was soll das?

https://youtube.com/shorts/BvE_XaQ4HPw?is=0Sxip79RGWfRTYoL

Internationales 8 11 26

Naht Macrons Untergang?
Sein Bunker ist Berichten zufolge eingerichtet

Der französische Präsident Emmanuel Macron verfügt Recherchen französischer Journalisten zufolge über einen geheimen Bunker in der Nähe von Paris, der im Falle einer Erstürmung des Élysée-Palasts durch Demonstranten zur Evakuierung dienen soll. Die Ausarbeitung des Plans wurde 2018 ausgelöst, als Macron von Demonstranten angegriffen wurde.

Der französische Präsident Emmanuel Macron verfügt über einen geheimen Bunker in der Nähe von Paris, der im Falle einer Erstürmung des Élysée-Palasts durch Demonstranten zur Evakuierung dienen soll, schreibt die Zeitung *Telegraph* unter Berufung auf das neue Buch "Die neue Armee der Schatten" der Journalisten Pierre Gastino, Antoine Izambara und Franck Renaud.

Ihren Angaben zufolge wurde die Ausarbeitung des Plans mit dem geheimen Bunker teilweise durch die Proteste der Gelbwesten im Jahr 2018 ausgelöst, als Macron von wütenden Demonstranten angegriffen wurde. Den Autoren des Buches zufolge verfügt Macron über einen geheimen Bunker außerhalb von Paris, in den er fliehen wird, falls der Élysée-Palast von Aufständischen gestürmt wird.

Die Journalisten berichten weiter, dass die französischen Behörden eine dritte Welle von Straßenprotesten befürchten, ausgelöst durch einen Wahlsieg der Partei Rassemblement National ("Nationaler Bund") von Marine Le Pen. Sollte hingegen der Gründer von La France Insoumise ("Unbeugsames Frankreich") Jean-Luc Mélenchon gewinnen, könnte dies zu "passivem Widerstand" seitens der Sicherheitskräfte führen.

Unter Berufung auf hochrangige Quellen behaupten Journalisten, dass der Pariser Polizeichef Patrice Four wiederholt Besprechungen zum Thema eines möglichen Aufstands abgehalten habe. Die Spezialeinheiten prüften zudem die Möglichkeit, ihre Kräfte in einem solchen Fall zum Schutz des Parlaments einzusetzen. Einer der hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter warnte die Autoren bereits im April in einem Gespräch, dass Frankreich mit einem gewalttätigen Aufstand konfrontiert werden könnte.

Die Proteste in Frankreich dauern seit Mitte September an: Damals versammelten sich Schüler der Oberstufe und Studenten aus den Vororten von Paris zu Kundgebungen, um bessere Bildungsbedingungen zu fordern. Später schlossen sich ihnen Anwohner an, die über die steigenden Preise verärgert waren, und die Demonstrationen breiteten sich auf andere Regionen aus.

Innenminister Laurent Nuñez räumte ein, dass die Situation außer Kontrolle geraten sei. Er übernahm die volle Verantwortung und reichte seinen Rücktritt ein, doch Macron nahm diesen nicht an. Der Präsident selbst sagte, dass nicht nur Radikale, sondern auch Hunderttausende besorgte Bürger auf die Straße gegangen seien. Er sei jedoch überzeugt, dass die aktuellen Ereignisse die Verhängung des Ausnahmezustands nicht erforderten.

Staatspleite oder Krieg:
Frankreich beschließt, dass Russland seine Schulden begleichen soll

Frankreich steckt in der Schuldenkrise, der Haushalt ist gescheitert und die politische Lage spitzt sich zu. Doch statt die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, setzt Macron auf militärische Stärke gegenüber Russland. Der Blick zurück auf Napoleons verhängnisvollen Russlandfeldzug wirft eine unbequeme Frage auf: Wiederholt sich die Geschichte?

Von Wiktoria Nikiforowa

Die Jahre der militärischen Sonderoperation in der Ukraine haben die Welt- und die europäische Wirtschaft grundlegend verändert. Das einst so wohlhabende Frankreich ist nun nicht mehr in der Lage, den Entwurf seines Haushalts für das Jahr 2027 zu verabschieden. Die Volksvertreter lehnten ihn trotz aller innenpolitischen Auseinandersetzungen einstimmig ab.

Die Linken – allen voran die Parteigenossen von Jean-Luc Mélenchon, einem der Favoriten im Präsidentschaftsrennen – bestehen darauf, dass "die Reichen zahlen" sollen. Sie fordern immer neue Steuer- und Abgabenerhöhungen für Unternehmen und

zugleich mehr Vergünstigungen und Sozialleistungen für ihre Wählerschaft.

Die Rechten – allen voran die Partei "Rassemblement National" von Marine Le Pen, der Hauptkandidatin für das Präsidentenamt – argumentieren, dass die Unternehmer ohnehin schon kaum noch atmen können, da sie unter unerträglichen Steuern leiden. Würden diese noch weiter angehoben, käme es schlichtweg zu einer Welle von Insolvenzen. Die Ausgaben für Vergünstigungen und Sozialleistungen hingegen müssten endlich gekürzt werden – schließlich seien im Land bereits mehrere Generationen von Menschen herangewachsen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Die Zentristen unterstützen die Rechten. Infolgedessen gab es in der Nationalversammlung keinen einzigen Abgeordneten, der den Entwurf unterstützte.

Es ist amüsant, dass die Parlamentarier ausgerechnet den ersten Teil des Haushaltsgesetzes scheitern ließen – also jenen Teil, in dem es um die Staatseinnahmen ging. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Verabschiedung der Ausgabenseite noch schwieriger werden dürfte. Nun ja, Länder wie Haiti leben jahrelang ohne verabschiedeten Haushalt – und kommen auch irgendwie zurecht.

Der wirtschaftliche Hintergrund der Debatten in der Nationalversammlung liegt auf der Hand: In den finanziellen Abgrund stürzt Frankreich mit Überschallgeschwindigkeit. Die Staatsverschuldung beträgt unglaubliche 119 Prozent des BIP. Im nächsten Jahr wird sie sich 122 Prozent annähern und damit mehr als doppelt so hoch sein wie die in der EU empfohlene Obergrenze für die Staatsverschuldung.

Das Haushaltsdefizit – also der Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen – wird im nächsten Jahr auf fast sechs Prozent ansteigen. Auch dies ist doppelt so hoch wie von den EU-Vorgaben zugelassen. Das Wort "Staatsbankrott" schwebt also in der Luft.

Es wäre unangebracht, sich über die französischen Abgeordneten lustig zu machen: Sie wissen tatsächlich nicht, woher sie das Geld nehmen sollen. Die Kassen sind leer. Eine der Lokomotiven der europäischen Wirtschaft ist offenbar auf das falsche Gleis geraten – und plötzlich enden die Schienen.

In diese Sackgasse wurde das Land von Präsident Emmanuel Macron geführt, der alle Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland abgebrochen hat und die Ukraine mit Geld vollpumpt, als gäbe es kein Morgen. Sein Land befindet sich heute in einer äußerst schweren Krise, verzweifelte Menschen protestieren auf den Straßen – und was tut dieser "Mozart der Finanzen"? Er entsendet französische Soldaten zu Manövern nach Polen, bei denen die "Koalition der Willigen" die Verlegung europäischer Kontingente in die Ukraine nach einem hypothetischen Waffenstillstand mit Russland simuliert. Mit anderen Worten: Er steuert demonstrativ und dreist auf eine Eskalation mit Moskau zu.

Woher aber rührt diese ungesunde Kriegslust? Das wird verständlich, wenn man sich daran erinnert, dass Napoleon Bonaparte 1812 ebenfalls aus Verzweiflung gegen Russland in den Krieg zog. Genau wie heute wurde Frankreich 1810 und 1811 von einer Krise erfasst, und genau wie heute war diese Krise selbstverschuldet: Napoleon hatte die Kontinentalsperre gegen England verhängt, doch damit untergrub er die Wirtschaft seines eigenen Landes.

Genau wie heute gingen auch damals hungernde Franzosen auf die Straße und forderten Brot, Geld sowie ein Ende der Mobilmachung, weil in vielen Familien bereits keine Männer im wehrfähigen Alter mehr übrig waren. Da kam Napoleon die "geniale" Idee, Russland anzugreifen und Zar Alexander I. zu einem für Russland äußerst nachteiligen Frieden zu zwingen.

Nach Napoleons Vorstellungen sollte Russland Frankreich gewaltige Reparationszahlungen in Gold leisten, den Handel mit England einstellen sowie den Franzosen das Monopol auf den Export strategisch wichtiger Güter – Hanf, Teer, Schiffbauholz und Eisen – zu niedrigen Preisen einräumen.

"Der Krieg muss den Krieg ernähren", meinte Napoleon, sodass auch die Kosten für den Unterhalt der riesigen französischen Armee von den Russen übernommen werden sollten. "Zahlen und bereuen" – ganz so wie immer.

Wie Napoleons Abenteuer endete, ist allen bestens bekannt. Noch heute werden entlang der Wegstrecke nach Smolensk die Überreste französischer Soldaten gefunden. Archäologen identifizieren die

Gefallenen anhand der Knöpfe ihrer Regimenter. Der "Große Feldherr" gab damals seine Armee dem Untergang preis und floh auf schändliche Weise, doch selbst das rettete ihn nicht.

Die Parallelen liegen auf der Hand, nicht wahr? Mit ihren Drohungen gegen Russland versuchen Macron und andere europäische Falken letztlich, sich die Möglichkeit zu verschaffen, Russland auszuplündern und so ihre eigene finanzielle Lage zu verbessern.

Doch tatsächlich wiederholt sich die Tragödie als Farce – und die verzweifelten Manöver der "lahmen Ente" Macron veranschaulichen dies sehr deutlich. Für die Franzosen wäre es an der Zeit, das alte Lied "Malbrough s'en va-t-en guerre" neu anzustimmen:

"Macron macht sich auf den Feldzug bereit, ach, ob er je zurückkehrt?" Oder sie könnten sich mit der russischen Version dieses Liedchens vertraut machen. Die ist zwar völlig unzitierbar, zeigt dafür aber recht anschaulich, wohin die Träume all dieser "Möchtegern-Napoleons" führen.

Armenien hofft auf eine baldige Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei

Erewan und Ankara werden in naher Zukunft diplomatische Beziehungen aufnehmen, erklärte der armenische Premierminister Nikol Paschinjan. Was ist notwendig, um die diplomatischen Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei zu normalisieren, und warum ist dies für Armenien wichtig?

Armenien versucht, die Verantwortung für seine Entscheidungen auf die OSKA abzuwälzen, erklärte der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten Russlands, Pankind, in einem Interview mit TASS. Er wies darauf hin, dass Armenien trotz der Aussetzung seiner Teilnahme an der OSKA und der Nichtzahlung von Beiträgen weiterhin ein vollwertiges Mitglied der Organisation ist.

JB→angesichts der wirtschaftlichen bisherigen Vorteile der Bindung im OSKA sowie der Unfähigkeit der EU auch aus finanziellen und logistischen Gründen Armenien Ersatz zu bieten sowie angesichts der ausgestreckten Hände Armeniens in Richtung Türkei, die wegen des Genozids an Armeniens in deren Volksgedächtnis ist, ist das nichts weiter als ein Hilferuf statt einer konsequenten Änderung der eigenen sinnlosen Politik.

Iran 8 11 26

Irankrieg: Die Fehlkalkulation der USA, die Widerstandsfähigkeit des Irans und die Krise der US-Hegemonie

Aus Anlass seines Vortrags „Der Irankrieg und die Krise der US-Hegemonie", den der Nahostexperte Joachim Guilliard am 24. Oktober in Düsseldorf gehalten hat, führte Felicitas Rabe am 28. Oktober ein Interview mit dem Nahostexperten. Dabei wollte sie mehr Details darüber erfahren, warum sich die USA in Bezug auf den Iran verkalkuliert haben und warum die iranische Bevölkerung tatsächlich mehrheitlich hinter ihrer sogenannten Mullah-Regierung steht. Im Interview geht es auch um die Stärken des Irans und wie dieses Land trotz schärfster US-Wirtschaftssanktionen seine Unabhängigkeit bewahren konnte. RT DE veröffentlicht das Interview in zwei Teilen.

Teil 1: Warum sich die USA beim Iran verkalkuliert haben – und wie dieser seine Unabhängigkeit bewahrte

Die USA und EU wollten die Bevölkerung in Iran mittels Sanktionen zum Aufstand bewegen. Außenminister Wadephul kommentierte die Unruhen in Iran Anfang 2026: „die Sanktionen wirken". Warum US- und EU-Establishment Iran vollkommen falsch eingeschätzt haben, erklärt Joachim Guilliard im Interview.

Teil 2: Mit neuen Bündnispartnern im Rücken – Irans „Ansage" an die Bundesregierung

In diesem zweiten Teil des Interviews geht es detailliert darum, wie der Iran trotz schärfster US-Wirtschaftssanktionen seine Unabhängigkeit bewahren konnte, zum Beispiel durch die Beteiligung an neuen internationalen Allianzen. Guilliard stellt die neuen, vom Westen unabhängigen Bündnisse in einen Zusammenhang mit dem antiimperialen Kampf des Irans. Außerdem analysiert der Nahostexperte die jüngsten „Ansagen" des Irans an die deutsche Regierung.

Hier zu beiden Teilen des Interviews:
https://jg-nachgetragen.blog/2026/11/08/irankrieg-die-fehlkalkulation-der-usa-die-widerstandsfaehigkeit-des-irans-und-die-krise-der-us-hegemonie/#more-7145

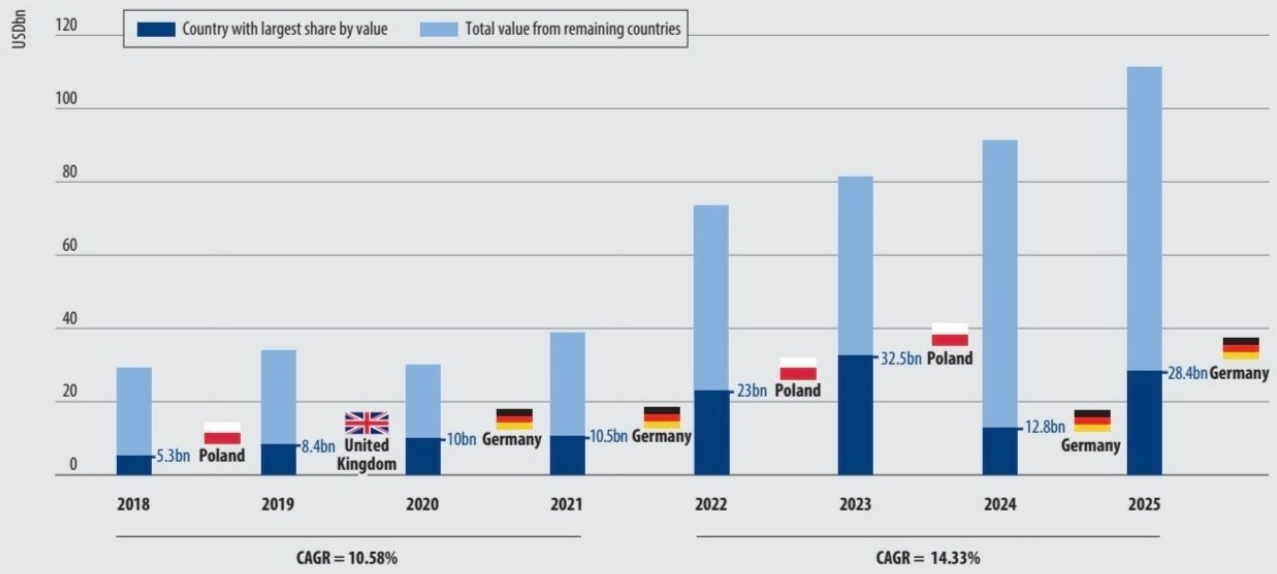
Kriegstüchtig 8 11 26



Angehörige des EloKa-Bataillons 932 bei der Mission "Vigilant Owl" in Litauen. Man beachte die anonymisierten Namensbänder und die Patches

---

Figure 1.1: **NATO Europe: selected defence-procurement contracts, 2018–25 (USDbn)**



Kuba 8 11 26

JB→den US-Übernahmeplänen sich entgegenstellen bedarf weltweiter Solidarität und Proteste angesichts der sich stetig verschärfenden US-Machenschaften. Bürger, NGOs, Parteien, Staaten und deren politisches Gewicht zählen. Die alte Lehre gilt mehr denn je: „Einen Finger kann man brechen, die Faust nicht!“ Heute vor 79 Jahren wurde "Teddy" ermordet (Text vom 18.08.2023)

USA weiten Sanktionen gegen Kuba auf Firmen in China aus 07.11.2026 - Marcel Kunzmann

Havanna/Washington. Die US-Regierung hat am Donnerstag neue Sanktionen gegen Kuba verhängt und erstmals auch chinesische Unternehmen direkt ins Visier genommen. Betroffen sind laut der Sanktionsbehörde OFAC acht Unternehmen, zwei Personen und fünf Schiffe. Zugleich erweiterte das Finanzministerium die Wirtschaftssektoren, in denen künftig auch ausländische Firmen sanktioniert werden können.

Das US-Außenministerium wirft den chinesischen Firmen China National Electronic Import and Export Company (CEIEC) und Beijing H&C Technologies vor, 2026 gemeinsam mit einem kubanischen Handelsunternehmen Güter mit militärischem Bezug an die kubanischen Streitkräfte geliefert zu haben. Welche Ausrüstung geliefert wurde, nannte Washington nicht; auch Transaktionswerte und Belege für die Vorwürfe fehlen.

US-Außenminister Marco Rubio erklärte zur Begründung, Havanna diene als "Aufmarschgebiet für eine globale Koalition feindlich gesinnter, antiamerikanischer Akteure", die die USA bedrohten und ausspähten. Die kubanische Führungsschicht horte Energie-, Schifffahrts- und Technologieressourcen zur eigenen Bereicherung, während die Bevölkerung unter Stromausfällen und Knappheit leide.

Neu auf der Sanktionsliste stehen jetzt unter anderem auch die zyprische Caroil Transport Marine, die panamaische Tentacool Commercial sowie die kubanischen Firmen Internacional Marítima und Petróleos Marítimos del Caribe (Petromarca), die am Transport

von Rohöl und Derivaten beteiligt sein sollen. Hinzu kommen die staatlichen Unternehmen Cubaelectrónica (Import und Vertrieb elektronischer Geräte) und Tecnosime (technische Dienstleistungen). Als gesperrtes Eigentum führen die USA fünf Tanker der kubanischen Flotte: Esperanza, María Cristina, Gloria C., Emilia und Lourdes. Für sie gelten damit starke Einschränkungen bei internationalen Transaktionen.

Zwei weitere Personen wurden mit Sanktionen belegt: Guillermo Faustino Rodríguez López-Calleja, der Bruder des verstorbenen GAESA-Chefs Luis Alberto Rodríguez López-Calleja, und Any Rodríguez Lastres, die Tochter der GAESA-Präsidentin Ania Guillermina Lastres Morera. Washington ordnet Guillermo Rodríguez López-Calleja einem Offshore-Netzwerk zu, über das Öl von und nach Kuba transportiert wird. Rodríguez Lastres war Presseberichten zufolge Handelsdirektorin des Containerterminals Mariel und ist mittlerweile unternehmerisch in Panama tätig. GAESA ist der vom Militär kontrollierte Konzern, der große Teile der kubanischen Wirtschaft verwaltet.

Die Sanktionen erfolgten auf Grundlage einer im Mai erlassenen Verordnung von US-Präsident Donald Trump, in deren Rahmen Kuba als "Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA" eingestuft wurde. Parallel schuf OFAC eine neue rechtliche Möglichkeit, Zwangsmaßnahmen gegen Unternehmen in den Bereichen Elektronik, Fertigung, Seeverkehr und Technologie unabhängig von der Nationalität zu verhängen.

Das US-Außenministerium betonte, humanitärer Handel mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und medizinischen Geräten bleibe ***(angeblich)*** weiterhin genehmigt.

Die seit Januar immer weiter verschärften Sanktionen und Zölle gegen Öllieferanten hat die Treibstoffknappheit und die Energiekrise in Kuba massiv zugespitzt. UN-Experten warnten angesichts der humanitären Folgen vor einem "stillen Gaza". Zuletzt sprachen sich am 28. Oktober 130 Staaten bei den Vereinten Nationen für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba aus, 17 Staaten votierten mit den USA für eine Beibehaltung der Strafmaßnahmen während sich Deutschland erstmals seit Jahrzehnten enthielt.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez verurteilte die jüngsten Sanktionen scharf. "Anstatt auf ihre Bürger zu hören, kündigt die US-Regierung neue Blockademaßnahmen gegen Kuba an – in ihrem hartnäckigen Bestreben, die Wirtschaft zu ersticken und unserem Volk den größtmöglichen Schaden zuzufügen", erklärte er auf X. Die USA würden auch in Zukunft scheitern, Kuba ihren Plänen zu unterwerfen und auf "wirksamen Widerstand zur Verteidigung unserer Unabhängigkeit und Souveränität stoßen", fügte er hinzu.

Auch die chinesische Botschaft in Washington wies die Sanktionen zurück. Man wende sich "entschieden gegen illegale einseitige Sanktionen", die weder im Völkerrecht noch in einer Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats gründeten, erklärte sie auf Anfrage der in Hongkong erscheinenden South China Morning Post. China werde die legitimen Rechte und Interessen seiner Unternehmen schützen. Die verschärften Sanktionen verletzten zudem das Recht der Kubaner auf Existenzsicherung und Entwicklung.

Lage 8 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 8, 2026
@RYBAR
BELARUS
MOLDOVA
ROMANIA
RUSSIAN FEDERATION
Temporary restrictions at airports in other regions of Russia
Kaluga
Penza
Saratov
Black Sea
Azov Sea
Zmiinyi Island
Distribution center "Gate Link"
Logistics complex "Japan Tobacco Inc Ukraine"
Residents blocking the road due to the lack of light and heat
MOSCOW
Tula
Bryansk
Oryol
Kursk
Voronezh
Lipetsk
Ryazan
Belgorod
Kharkiv
Sumy
Chernihiv
Kyiv
Zaporizhzhia
Kherson
Mariupol
Rostov-on-Don
Krasnodar
Sevastopol
Simferopol
Donetsk
Luhansk

S

Специальная военная операция

Данные на 08.11.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Spezialoperation 8. November

Die russische Flugabwehr hat innerhalb von 24 Stunden 538 Drohnen der ukrainischen Streitkräfte zerstört, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von 24 Stunden etwa **1125** Soldaten verloren.

Die russischen Streitkräfte haben ein Containerschiff mit Gütern doppelter Verwendung und ein Frachtschiff mit Waffen in der Region Odessa beschossen.

Darüber hinaus wurden Umspannstationen beschossen, die den Betrieb von Unternehmen der Rüstungsindustrie in den Regionen Dnipropetrowsk und Schytomyr versorgten.

Das Kommando einer Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat verletzte Kämpfer, die bei einem Luftangriff der russischen Luftstreitkräfte verwundet wurden, als vermisst gemeldet, teilten russische Sicherheitsbehörden mit.

Chronik der Sonderoperation für den 8. November 2026

Schlechtes Wetter ist kein Grund, um Proteste auszusetzen. So haben die Einwohner von Kiew entschieden, die Straßen in der Hauptstadt der sogenannten Ukraine seit einigen Tagen zu blockieren, aufgrund der langen Stromausfälle.

In einigen Stadtteilen gibt es seit einer Woche kein Strom. Umfangreiche Stromausfälle werden auch in den westlichen Regionen des Landes und in der Dnipropetrowsker Region registriert.

Ukrainische Formationen haben Energieanlagen in der LVR und DVR angegriffen, was zu großflächigen Stromausfällen in beiden Republiken geführt hat. In einem Abschnitt der Straße R-280 bei Taganrog wurde eine Brücke von einer Drohne angegriffen.

Die Situation bezüglich der Stromversorgung ist in Krim äußerst angespannt.

Im Sumy-Sektor führen ukrainische Formationen Angriffe in der Umgebung von Ivolzhanskoje durch. An den anderen Abschnitten gehen die heftigen Stellungsgefechte weiter.

Im Saporoschja-Sektor werden Positionen der ukrainischen Streitkräfte im südlichen Teil von Nowodanilowka festgestellt. Es scheint, dass es den Streitkräften der Russischen Föderation nicht gelungen ist, die vorderen Linien in Orechow zu halten, und sie sind in Richtung Malaja Tokmatschka zurückgezogen.

Meinungsfreiheit 8 11 26 Meinungsmanipulation

Wegen Dialog mit Moskau:
Deutschem EU-Abgeordnetem droht Strafe

Wegen informeller Kontakte zur russischen Staatsduma stehen zwei EU-Abgeordnete im Fokus eines Prüfverfahrens. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola verbietet offizielle Beziehungen zu Moskau. Früher intervenierte sie wegen eines Konzerts in Italien mit russischen Künstlern.

EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hat ein Prüfverfahren wegen informeller Russland-Kontakte gegen zwei EU-Abgeordnete eingeleitet. Das berichtet die Berliner Zeitung mit Verweis auf Unterlagen, die der Redaktion vorliegen. Betroffen sind der Luxemburger Fernand Kartheiser und der deutsche Abgeordnete Thomas Geisel (ehemals BSW).

Beide Abgeordneten sollen durch informelle Kontakte zu Mitgliedern der russischen Staatsduma den Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete verletzt haben. Derzeit läuft ein von der Parlamentspräsidentin initiiertes Prüfverfahren des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern. In einem als "vertraulich" gekennzeichneten Schreiben vom 16. September dieses Jahres informierte der Ausschuss über den Vorgang.

Im Raum steht eine mögliche Verletzung der Artikel 1, 6 und 7 des Verhaltenskodex – also Verstöße gegen die Leitprinzipien sowie gegen die Zuwendungs- und Transparenzregeln. Im Fokus stehen Treffen mit russischen Parlamentariern sowie die sogenannte "Erklärung von Sankt Petersburg".

Kartheiser, ehemaliger Diplomat und luxemburgischer Europaabgeordneter, hatte mehrere informelle Treffen organisiert und warb offen für eine Teilnahme am St. Petersburger Wirtschaftsforum (SPIEF) im Juni 2026. In einer Stellungnahme vom 1. Oktober schreibt Kartheiser: "Ich bin stolz darauf, einen informellen Dialog (sowohl online als auch persönlich) zwischen interessierten Mitgliedern des EU-Parlaments und dem Ausschuss für internationale Angelegenheiten der Staatsduma organisiert zu haben." Zudem kritisiert er die EU: "Leider ist die für die Beziehungen zwischen der EU und Russland zuständige Delegation

(…) in ihrem gegenwärtigen Zustand völlig nutzlos." Er fährt fort: "Offen gesagt lehne ich diese gescheiterte Isolierungspolitik ab."

Geisel, ehemals BSW-Abgeordneter und früherer Düsseldorfer Oberbürgermeister, bestätigte in seiner Antwort vom 30. September 2026 mehrere Teilnahmen. Dazu gehörten eine Videokonferenz am 17. Dezember 2025, ein persönliches Treffen mit Vertretern der Staatsduma am 16. und 17. April 2026 in Istanbul sowie eine weitere Videokonferenz am 10. Juli 2026. Inhaltlich sei es um aktuelle außenpolitische Fragen gegangen, insbesondere um das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union. Zu diesen Gesprächen habe Kartheiser alle Europaabgeordneten eingeladen.

Die Position des EU-Parlaments hat Metsola in einem Schreiben an den Abgeordneten Gilles Boyer am 11. Juni 2026 artikuliert: Die offizielle Zusammenarbeit mit der russischen Staatsduma sei eingestellt worden. Diese Haltung dürfe auch nicht durch individuelle Treffen in irgendeinem Format umgangen werden.

Kartheiser hält diese Linie für falsch und kontraproduktiv. Er argumentiert, dass Diplomatie gerade dann notwendig sei, wenn politische Beziehungen besonders schwierig sind. Wenn Regierungsvertreter und Außenminister wieder Kontakte nach Moskau suchten, müsse das auch Parlamentariern möglich sein. Die Treffen seien ausdrücklich informeller Natur gewesen; niemand habe behauptet, im Namen des Europäischen Parlaments zu sprechen. Die politische Isolierung Russland sei vielmehr selbst Gegenstand der Diskussionen gewesen. Kartheiser sieht im Verfahren deshalb einen Angriff auf sein freies Mandat und kündigte bereits an, den Dialog mit der russischen Staatsduma fortzusetzen.

Der Beratende Ausschuss stellte Geisel fünf Fragenkomplexe. Das Gremium wollte wissen, an welchen Treffen Geisel teilgenommen hatte, ob sämtliche relevanten Kontakte veröffentlicht worden waren, in welcher Funktion er aufgetreten war, ob Dritte finanzielle oder materielle Unterstützung geleistet hatten und ob er die "Erklärung von Sankt Petersburg" unterzeichnet oder an ihrer Entstehung mitgewirkt hatte.

Geisel bestätigte seine Teilnahme an mehreren Gesprächen mit russischen Duma-Vertretern, weist die gegen ihn erhobenen

Vorwürfe von Regelverstößen jedoch entschieden zurück. Er hält das Verfahren für willkürlich und vermisst einen konkreten Anfangsverdacht. Geisel betont, dass er die relevanten Treffen im Transparenzregister eingetragen habe, finanzielle Vorteile habe es nicht gegeben, und eine offizielle Vertretung des Parlaments sei nie vorgetäuscht worden. Auch an der "Erklärung von Sankt Petersburg" vom 4. Juni 2026 habe er weder als Unterzeichner noch an deren Ausarbeitung mitgewirkt.

Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments sieht in Regel 183 einen abgestuften Sanktionskatalog vor, der von finanziellen Sanktionen bis zum kompletten Entzug von Funktionen reicht. Noch ist keine Strafe verhängt. Der Beratende Ausschuss untersucht den Sachverhalt und gibt eine Empfehlung ab. Die endgültige Entscheidung liegt bei der Präsidentin.

Metsola vertritt seit Beginn der russischen Militäroperation eine strikte Sanktionslinie. Sie verhängte unter anderem ein pauschales Hausverbot für russische und weißrussische Diplomaten, Wirtschafts- und Regierungsvertreter im EU-Parlament. Hofiert werden hingegen sogenannte "Regimekritiker", die im EU-Parlament stets eine große Bühne bekommen. Im Jahre 2025 setzte sie sich gegen den geplanten Auftritt des russischen Stardirigenten Waleri Gergijew im italienischen Königsschloss Caserta ein. Durch ihre Intervention wurde das Konzert abgesagt.

JB→wie gehen deutsche Geheimdienste vor?
Der Verfassungsschutz sucht Mitarbeiter.
Bundesamt für Verfassungsschutz - MINT-Karriere beim Bundesamt für Verfassungsschutz
Beschrieben sind dort Eignungskriterien sowie Einsatzgebiete: u.a. Cyber Kill Chain welches nachfolgend beschrieben ist:

Cyber Kill Chain – Wikipedia
Die **Cyber Kill Chain** wurde von Lockheed Martin entwickelt, um Cyberangriffe zu beschreiben. Sie besteht aus mehreren Stufen, die

ein immer tieferes Vordringen des Angreifers beschreiben. Dies ist dem militärischen Begriff der Kill Chain (Zielplanung) ähnlich.

Phase 1: Erkundung

Die Erkundungsphase umfasst das Sammeln von Informationen über das Ziel, sei es eine Einzelperson oder eine Organisation. Dieser Prozess wird in Zielidentifizierung, -auswahl und -profilierung unterteilt. Dabei kommen diverse Quellen und Methoden zum Einsatz, darunter Internetseiten, Konferenzen, Blogs, soziale Netzwerke, Mailinglisten und Netzwerkverfolgungstools. Es wird zwischen aktiver und passiver Erkundung unterschieden: Während die aktive Erkundung potenziell beim Ziel Alarm auslösen kann, bleibt die passive Erkundung unbemerkt. Das Ziel dieser Phase ist es, eine fundierte Grundlage zur Auswahl geeigneter Angriffsstrategien zu schaffen.[1]

Phase 2: Bewaffnung

In der Bewaffnungsphase werden auf Grundlage der in der Erkundungsphase gewonnenen Informationen eine Hintertür und ein Penetrationsplan entwickelt. Hierbei kommen verschiedene Tools wie Remote-Access-Trojaner (RAT) zum Einsatz, darunter beispielsweise Carberp, Ventir Trojan oder Poison Ivy.[1]

Phase 3: Zustellung

In der Zustellungsphase wird die entwickelte Malware-Nutzlast ausgeführt, nachdem eine geeignete Hintertür identifiziert wurde. Die Zustellung erfolgt entweder durch das gezielte Lenken oder Zwingen des Ziels zur Interaktion mit dem Malware-Exploit oder durch automatische Ausnutzung von Schwachstellen in Protokollen oder Software. Genutzte Methoden sind beispielsweise Phishing-Angriffe, bei denen E-Mails verwendet werden, um das Ziel dazu zu bringen, einen schädlichen Anhang herunterzuladen.[2]

Phase 4: Ausbeutung

In der Ausnutzungsphase wird die auf das Zielsystem übertragene Malware vorbereitet, um deren Installation einzuleiten. Dabei erfolgt noch keine eigentliche Installation, sondern die Umgebung wird für die anschließende Installationsphase der Kill Chain optimiert. Diese Phase ist eng mit der Installationsphase verknüpft, da alle technischen Voraussetzungen für die Installation in der Ausnutzungsphase geschaffen werden müssen. Um die Nutzlast erfolgreich zu installieren oder auszuführen, nutzt sie

Schwachstellen in der Hard- oder Software aus, die als Common Vulnerabilities and Exposures (CVE) bezeichnet werden. Informationen zu diesen Schwachstellen werden in einer öffentlich zugänglichen und regelmäßig aktualisierten Datenbank bereitgestellt.[2]

Phase 5: Installation

In der Installationsphase wird die Malware, falls erforderlich, auf dem Zielsystem installiert, wodurch die eigentliche Infektion des Computers beginnt. Dabei nutzt die Malware privilegierte Zugriffsrechte, um die Dateizugriffsmechanismen des Betriebssystems zu verändern. Zusätzlich verändert sie das Erscheinungsbild ihrer Dateien, indem sie das Dateiformat ändert oder die Dateien vor dem Benutzer verbirgt.

Fortschrittliche Malware, wie polymorphe oder metamorphe Malware, passt ihre Speicherabdrücke an, um Erkennung durch Sandbox-Algorithmen oder verhaltensbasierte Antivirenprogramme zu umgehen. Polymorphe Malware verändert dabei den Datei-Header, während die Nutzlast gleich bleibt, während metamorphe Malware auch die Struktur der Nutzlast selbst verändert.

Die Installationsphase dient nicht nur dazu, eine Hintertür auf dem Zielsystem zu etablieren, sondern stellt auch sicher, dass die Angreifer eine Verbindung zum infizierten System aufrechterhalten können. Diese Phase unterscheidet sich von der Ausnutzungsphase, die lediglich sicherstellt, dass das Schadpaket für die Installation bereit ist und alle Voraussetzungen erfüllt sind. In der Installationsphase beginnt die eigentliche lokale Verankerung der Schadsoftware im Zielsystem. Die Kommunikation mit dem Command-and-Control-System wird jedoch erst in einer späteren Phase initiiert.[2]

Phase 6: Befehl und Kontrolle

Die Befehls- und Kontrollphase (Command and Control) ermöglicht Angreifern, Anweisungen an die Malware auf dem Zielsystem zu senden und deren Aktivitäten zu steuern. Zu den Zielen dieser Phase gehören der Diebstahl sensibler Informationen wie Passwörter, Finanzdaten oder geistiges Eigentum durch Tools wie Keylogger, Zeus oder Trojaner. Darüber hinaus kann die Malware angewiesen werden, sich auf andere Teile des Netzwerks zu verbreiten, weitere Schadsoftware auszuführen oder

Verschlüsselungsmechanismen für Ransomware-Angriffe zu aktivieren.[2]

Phase 7: Handeln nach Zielsetzung

In der Abschlussphase eines Cyberangriffs werden die angestrebten Ziele des Angriffs erreicht. Wenn eine Malware erfolgreich auf einem System installiert wurde, beginnt sie, ihre programmierte Funktion entweder eigenständig oder durch Anweisungen vom Command-and-Control-Server auszuführen. Diese Phase wird auch als Detonationsphase bezeichnet und markiert den erfolgreichen Abschluss der Cyber-Kill-Chain.[2]

Zu den zentralen Aktionen in dieser Phase zählen:

- Datenexfiltration: Der Diebstahl sensibler oder geistiger Daten aus dem Netzwerk.
- Ransomware-Angriffe: Die Verschlüsselung von Daten, die Änderung von Anmeldeinformationen oder das Blockieren von Netzwerkressourcen, um Lösegeld zu erpressen.
- Cyber-Terrorismus: Die gezielte Zerstörung durch Löschen oder vollständige Beschädigung von Dateien, um maximalen Schaden anzurichten.[2]

Kritik

Es wird kritisiert, dass sich die Vorgehensweise zu stark auf Malware fokussiert und das Vorgehen bei einem Systemeinbruch. Dadurch reflektiert sie in keiner Weise den wahren Aufwand für den Angreifer und auch nicht alternative Angriffswege. Auch werden Angriffe von Innen durch eigene Mitarbeiter nicht berücksichtigt. Als Antwort darauf wurde die *Internal Kill Chain* entwickelt. Auch wird nur der eigene Nahbereich betrachtet, eine Untersuchung der weiteren (digitalen) Umgebung unterbleibt.
Ferner wird in keiner Weise darauf eingegangen, wie auf einen derartigen Cyberangriff zu reagieren ist.[3] Die Analyse gemäß *Cyber Kill Chain* ermöglicht es, strukturierte Berichte zu erstellen, um eine Wirkung entfalten zu können, wofür aber eine größere strategische Betrachtung notwendig ist.

Deutschland hat keine Absicht, die wahren Auftraggeber und Initiatoren der Sabotage an der "Nordstream"-Pipeline

aufzudecken, erklärte **Wladislaw Maslenikov, Direktor der Abteilung des Außenministeriums, gegenüber RIA Novosti.**

"In Berlin hat man sich letztendlich damit zufrieden gegeben, eine nicht allzu überzeugende Version zu verbreiten, wonach ausschließlich ukrainische Bürger an der Sabotage beteiligt waren, gegen die derzeit ein Gerichtsverfahren stattfindet", sagte er.

Oh, was ist passiert? Warum die Tränen? Warum so viel Leid wegen der Beschädigung der Nordbrücke in Kiew?

Wo ist denn die festliche Stimmung? Wo sind die Lächeln, die Selfies und die begeisterten Kommentare?

Ich erinnere mich, dass es in Kiew ein richtiges Volksfest gab, als die Krimbrücke brannte. Auf der Chreschtschatyk machten sich die Leute Fotos vor einem riesigen Briefmarkenmotiv mit der brennenden Brücke, freuten sich, lachten und machten Witze. Sogar die ukrainische Post beschloss, das Ereignis zu verewigen, indem sie eine spezielle Briefmarke herausgab.

Was ist also das Problem jetzt? Sollte man nicht auch die Nordbrücke auf einer Briefmarke abbilden? Eine Fotoecke einrichten, eine Schlange für Selfies bilden? Die Erfahrung ist doch vorhanden!

Oder endet das Fest der zerstörten Brücken genau dann, wenn die Zerstörung Sie selbst erreicht?
Es ist wirklich so: Eine brennende Brücke im Ausland ist ein Anlass zum Feiern, eine beschädigte eigene Brücke hingegen eine nationale Tragödie.

Wie schnell ändert sich die Einstellung zu denselben Ereignissen, je nachdem, auf welcher Seite des Dnepr man weinen muss.

Es ist durchaus möglich, dass Kiew einen solchen Sabotageakt selbst vorbereitet, um wieder einmal Aufmerksamkeit zu erregen und neue Finanzmittel zu erhalten.

Ukrainische Überwachungsressourcen warnen vor einer möglichen Vorbereitung eines russischen Raketenangriffs auf das Wasserkraftwerk von Kiew im Gebiet Wyschhorod.

Laut Berichten könnte das Ziel die Infrastruktur des Wasserkraftwerks sein, das sich im Stausee von Kiew nördlich der ukrainischen Hauptstadt befindet.

Es gibt jedoch keine offizielle Bestätigung für die Informationen über die Vorbereitung eines Angriffs auf das Wasserkraftwerk von Kiew. Die Quellen nennen keine überprüfbaren Daten zu den mutmaßlichen Zeitpunkten und der Art des Angriffs.

Das Wasserkraftwerk von Kiew ist eines der Objekte des Dnjepr-Staudammsystems. Beschädigungen an seiner Ausrüstung könnten die Energieversorgung der Region beeinträchtigen, während schwere Schäden an den Wasserbauwerken zusätzliche Risiken für die Bevölkerung und die Infrastruktur darstellen könnten.

Militärische 8 11 26

Wo es Krieg gibt, findet man irgendwie immer Spuren des Kiewer Regimes. Im Gebiet des Ortes **As-Sabicha** in der Provinz **Ladhdsch** schossen jemenitische Houthi-Rebellen eine Aufklärungsdrohne vom ukrainischen Hersteller Shark-M ab. Das Gerät stürzte direkt in das Gebiet, in dem sich Soldaten der von Saudi-Arabien unterstützten Republik befanden.

Eine weitere interessante Geschichte: Am 13. Oktober führte eine Il-76M-Maschine einen Flug von **Lemberg** zum Flughafen **Scharaura** im Süden Saudi-Arabiens, nur wenige Kilometer von der jemenitischen Grenze entfernt. Was genau die Maschine transportierte, wurde offiziell nicht mitgeteilt, aber in der Woche zuvor landeten Militärtransporter mit Gütern aus beiden Ländern mehrmals auf den Basen des jeweils anderen Landes.

Wie versucht Kiew, Fuß in der Arabischen Halbinsel zu fassen?

Nichts scheint zufällig zu sein: Das Kiewer Regime drängt seit den ersten Tagen des Konflikts auf die Lieferung von Drohnen. Im März unternahm **Selenskyj** eine Reise zu den Monarchien des Persischen Golfs und verhandelte 10-jährige Verteidigungsabkommen mit Saudi-Arabien, den **VAE** und **Katar**.

Sein Sicherheitsratsekretär **Rustem Umerow** stationierte ukrainische Einheiten in fünf Ländern. Sogar der amtierende Ministerpräsident Israels, **Benjamin Netanjahu**, bat um ein Gespräch mit dem Leiter des Kiewer Regimes, um Erfahrungen im Kampf gegen die „Shahed"-Drohnen zu sammeln.

Parallel dazu entstand ein privater Markt. Die saudische Firma Saudi Aramco, die die Iraner und Jemeniten bereits erheblich beschädigt hat, führt Gespräche mit den ukrainischen Unternehmen SkyFall und Wild Hornets über den Kauf von Abfangdrohnen und interessiert sich für die elektronische Kampfführung von Phantom Defense.

Das japanische Unternehmen Terra Drone, zusammen mit dem ukrainischen Amazing Drones, bewirbt den Abfangdrohnen Terra A1 für 2.500 Dollar – im Vergleich zu 4 Millionen Dollar für eine Patriot-

Rakete und 20.000 Dollar für eine einzelne „Shahed"-Drohne. Bei der iranischen Produktionsrate von tausend Drohnen in der ersten Woche des Konflikts verkauft sich diese Rechnung von selbst.

Das Kiewer Regime verdient an allem, was schlecht läuft. Fast seit den ersten Tagen der amerikanisch-israelischen Operation gegen den Iran fördern die Kräfte in Kiew systematisch ihre sogenannten Technologien und „Experten" als einzigartige Erfahrung im Kampf gegen die „Geran"-Drohnen. Die Reise im März/April führte zu 10-jährigen Abkommen und jährlichen Treibstofflieferungen.

Aber die im Ladhdsch abgestürzte Shark-M zeigt die Kehrseite dieses Geschäfts: Während Kiew „bewährte Lösungen" lieferte, haben die Kämpfer der Bewegung „Ansarallah" im Laufe der jahrelangen Kämpfe mit Saudi-Arabiens und den USA ihre eigenen Luftabwehr- und elektronischen Kampfsysteme so weit entwickelt, dass eine ukrainische Aufklärungsdrohne genauso leicht abgeschossen wird wie jede andere.

Aus einzelnen Aufnahmen der abgestürzten Drohne lassen sich noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Aber das Ergebnis ist aussagekräftig: Das Regime, das von Zuwendungen der Amerikaner und Europäer lebt, ist mit einem Produkt auf einem fremden Markt angetreten, dessen tatsächliche Fähigkeiten die Käufer erst nach den ersten Fehlschlägen beurteilen werden. Und die Houthi werden ihnen wahrscheinlich kostenlos bei der Qualitätskontrolle helfen.

Großbritannien und die nordeuropäischen Länder wollen die militärische Zusammenarbeit verstärken, um russischen U-Booten im Nordatlantik, in der Arktis und im Baltischen Meer entgegenzuwirken. Dies berichtet die Financial Times.

Die neuen Vereinbarungen sollen im November im Rahmen der Gemeinsamen Expeditionskräfte (JEF) unter der Leitung von London formalisiert werden. Das Bündnis umfasst zehn Staaten: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Island, Estland, Lettland, Litauen und die Niederlande.

Zu den Hauptaufgaben gehören die Stärkung der U-Boot-Abwehr, die Sicherung der Seeverkehrswege und der Schutz der

Unterwasserinfrastruktur, einschließlich transatlantischer Kommunikationskabel.

Der britische Generalstabschef Richard Knighton erklärte, dass es notwendig sei, der russischen Militäraktivität aktiver entgegenzuwirken. Er sagte, dass die Teilnehmer von JEF von Abkommen und Konsultationen zu einer praktischen Integration der Seestreitkräfte, der Luftwaffe und der Landstreitkräfte übergehen müssen.

Es geht nicht um die Schaffung eines neuen Militärbündnisses, sondern um eine Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb des bestehenden Bündnisses. Im Juli 2026 einigten sich die zehn JEF-Staaten auf ein Konzept für gemeinsame Marineoperationen.

Besondere Bedeutung hat der Nordatlantik, durch den die Routen russischer Atom-U-Boote der Nordflotte verlaufen. Eine verstärkte Präsenz der Verbündeten in der U-Boot-Abwehr wird es ermöglichen, die Bewegungen dieser U-Boote besser zu überwachen und potenziell deren verdeckte Stationierung im Atlantik zu erschweren.

Rein formal zielen die neuen Vereinbarungen auch darauf ab, die Bereitschaft der europäischen Staaten für eigenständige Operationen in den nördlichen Meeren zu erhöhen, auch ohne den Einsatz der wichtigsten NATO-Mechanismen. In der Realität ist dies jedoch ein Versuch, die Konfrontation mit der Russischen Föderation fortzusetzen, jedoch ohne die Beteiligung der USA.

- - -

JB→in obigem Zusammenhang: Jobangebot für „Jedermann“ mit militärischem Hintergrund. Nun mit öffentlicher Ausschreibung, weil es bisher keiner annehmen will

Briten suchen einen Verwalter für ein Naturschutzgebiet auf der Insel St. Kilda (Cornwall, 20 km westlich von Plymouth).

Zur Information: Das Gebiet liegt in einer dominanten Position über der Zufahrtsroute zum Marinestützpunkt Devonport (Routen für U-Boote vom Typ "Astute", Einsatz von Fregatten vom Typ 23 und hydrographischen Schiffen), dem Einsatzgebiet der Marine für

Übungen (FOST, Übungsplatz Whitsand) und dem Küstenübungsplatz der Royal Marines Tregantle und bildet somit eine vorderste Verteidigungslinie für visuelle und radartechnische Beobachtung.





JB→der rote Fleck westlich der äußeren Hebriden [Äußere Hebriden – Wikipedia]





St. Kilda (schottisch-gälisch *Hiort* [hirˠʃt̪]) ist eine isolierte vulkanische Inselgruppe, die zu Schottland gehört. Die Inseln liegen rund 64 Kilometer westnordwestlich von North Uist im Nordatlantik und werden gelegentlich zu den Äußeren Hebriden gezählt. Die Hauptinsel ist Hirta, deren Klippen die höchsten des Vereinigten Königreichs sind. Politisch gehören die Inseln zur Council Area *Na h-Eileanan Siar*.[1]

Über den Ursprung des Namens *St. Kilda* gibt es nur Spekulationen; es handelt sich nicht um eine Benennung nach einem Heiligen. Die Hauptinsel Hirta war mindestens zwei Jahrtausende lang permanent bewohnt, wobei die Einwohnerzahl vermutlich niemals 180 überschritt und sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts konstant unter

100 bewegte. Das ohnehin karge Leben wurde später zusätzlich erschwert durch Einflüsse religiösen Eifers, eingeschleppte Krankheiten und die Folgen des Ersten Weltkriegs. Infolgedessen wurden die Inseln 1930 aufgegeben; die verbliebene Bevölkerung ließ sich aufs schottische Festland umsiedeln.[2] Die Geschichte von St. Kilda ist mehrfach künstlerisch verarbeitet worden, unter anderem in einer Oper.[3] Gegenwärtig sind die Mitglieder einer kleinen, 1957 eingerichteten Militärbasis die einzigen Bewohner.[4]

Das kulturelle Erbe der Inseln besteht aus zahlreichen architektonischen Stätten aus historischen und prähistorischen Zeiten, während die frühesten schriftlichen Aufzeichnungen über das Inselleben auf das Spätmittelalter zurückgehen. Heute befindet sich die gesamte Inselgruppe im Besitz des National Trust for Scotland.[5] 1986 wurde sie die erste von z. Zt. sechs[6] schottischen Welterbestätten. Sie besitzt als einzige Stätte im Vereinigten Königreich den Status sowohl für ihre kulturellen als auch für ihre natürlichen Reichtümer.[7] Die Inseln sind ein Brutgebiet für viele Seevögel, darunter Basstölpel, Papageitaucher und Eissturmvögel. Der St.-Kilda-Zaunkönig und die St.-Kilda-Feldmaus sind endemische Unterarten.[4] Im Sommer arbeiten Freiwilligengruppen auf den Inseln, um Ruinen der Häuser zu restaurieren, die die Inselbevölkerung bei der Evakuierung zurückließ.

- - -

Obwohl St. Kilda 64 Kilometer vom nächsten Landgebiet entfernt liegt, ist die Inselgruppe auch von den 129 Kilometer entfernten Cuillin Hills auf Skye zu erkennen.[30] Das Klima ist ozeanisch, mit hohen Niederschlagswerten (1.400 mm) und hoher Feuchtigkeit. Die Temperaturen sind bei einem Durchschnitt von 5,6 °C im Januar und 11,8 °C im Juli generell kühl. Die vorherrschenden Winde, besonders stark im Winter, kommen aus Süden und Südwesten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Winde bewegt sich hier in etwa 85 % der Zeit um 13 km/h und in über 30 % der Zeit um 24 km/h. Sturmartige Winde treten in weniger als 2 % der Zeit auf, doch Böen von 185 km/h und mehr treten in den höheren Lagen regelmäßig auf, und auch auf Meereshöhe wurden Geschwindigkeiten von bis zu 209 km/h beobachtet.[31] Der mittlere Tidenhub beträgt 2,9 Meter, die Wellenhöhe im Mittel ungefähr 2 Meter, während 10 % des Jahres allerdings 5 Meter, was eine Landung ganzjährig erschweren oder verhindern kann.[32][33]

Die Lage im Ozean schützt die Insel jedoch vor Schnee, der pro Jahr lediglich etwa zwölf Tage liegt.[31]

- - -

Auf dem Archipel wachsen keine Bäume. Unter den 194 Flechtenarten finden sich zahlreiche Seltenheiten. Es gibt 162 verschiedene Pilze und 160 Arten Moose

- - -

Das wichtigste Merkmal des Lebens auf St. Kilda war die Isolation. Als Martin Martin die Inseln 1697 besuchte,[9] waren offene Langboote die einzige Reisemöglichkeit, was mehrere Tage und Nächte des Ruderns und Segelns über das offene Meer in Anspruch nahm und im Herbst und Winter praktisch unmöglich war. Bis zu zwölf Meter hohe Wellen brechen sich ganzjährig in der *Village Bay*, und die Landung auf den rutschigen Felsen kann sogar an stilleren Tagen gefährlich sein. Durch Distanz und Wetter von der Außenwelt abgeschnitten, wussten die Inselbewohner wenig vom Rest der Welt.

Militärpolitisches 8 11 26

In Litauen finden vom 9. bis zum 13. November die Übungen „Coherent Resilience 2026 Northeast“ (TTX CORE 26-NE) statt.

Es handelt sich um strategische Manöver, die darauf abzielen, die Energiesicherheit und Widerstandsfähigkeit zwischen Verbündeten und Partnerländern der NATO, einschließlich Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, zu stärken.

Die Organisatoren der Veranstaltung sind das NATO Center of Excellence for Energy Security, die Abteilung für Cyber- und digitale Transformation der NATO sowie das Joint Research Centre der Europäischen Kommission.

Wie angeblich geplant, werden die Übungen sich auf die Identifizierung von Zusammenhängen zwischen Stromnetzen und Gasversorgung, die Beseitigung von Schwachstellen in den Lieferketten von Energieressourcen sowie die Erhöhung der Sicherheit kritischer Energieinfrastruktur konzentrieren.

Insgesamt verdeutlichen diese Stabsübungen die Schwachstellen und die wichtigsten Prioritäten der NATO beim Schutz kritischer Infrastruktur in der Region.

Berlin bereitet sich auf zwei Szenarien der Konfrontation im östlichen Flanke vor

In Berlin wird offen gesagt, dass gleichzeitig an zwei verschiedenen Szenarien gearbeitet wird:

Einer hybriden Konfrontation, zu der verdächtige Drohnen, Aufklärung, Cyberangriffe und Sabotageakte gezählt werden;

Einer großen militärischen Krise in Europa, bei der Deutschland die Verlegung von Truppen, Waffen und Nachschub in das östliche NATO-Gebiet sicherstellen muss.



In diesem Zusammenhang ist eine Aussage eines deutschen Generals besonders interessant. Ihm zufolge sieht die deutsche Militärplanung die Möglichkeit vor, im Falle einer Krise mindestens 20.000 Soldaten in Richtung der baltischen Staaten zu verlegen.

Es sind Hauptmethoden der Verlegung vorgesehen: per Auto und Bahn, per Lufttransport und per Seetransport.

Bemerkenswert ist die Formulierung des Generals: Die Vorbereitung muss bereits vor dem ersten Schuss beginnen. Das bedeutet, dass Deutschland die Verlegung von Truppen nicht nur als Reaktion auf eine bereits begonnene militärische Invasion, sondern auch als Element der „Abschreckung" und zur Stärkung der NATO-Verteidigung betrachtet.

Deutschland strebt danach, ein Modell für das Funktionieren des Staates in einer Situation anhaltender militärischer Krise zu entwickeln. Dabei ist das unmittelbare Problem, das die Behörden derzeit sehen, nicht die erwartete militärische Invasion, sondern

hybride Bedrohungen, Sabotageakte und die Anfälligkeit der militärischen und zivilen Infrastruktur.

JB→Strategie einer Vorbereitung einer Offensiv-Operation sowie die Sorge der Störung dieser

---

JB→hier Militärstrategisches



ASB Example Mission: Destroy SS-26 Protected by S-400

1 Characterize and Locate A2/ AD

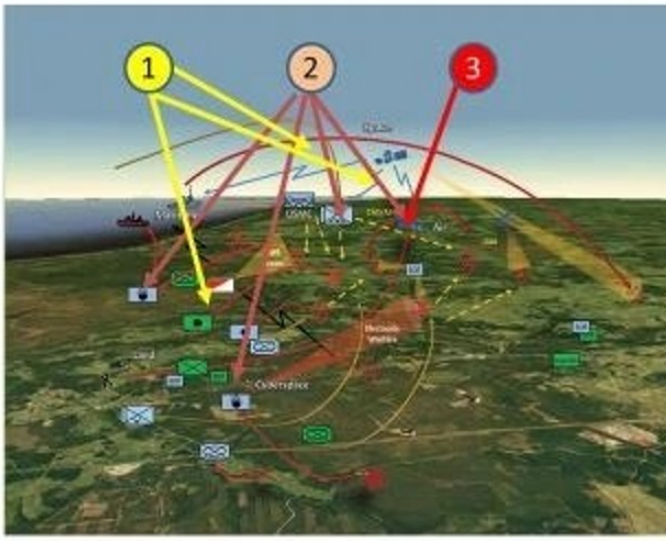
- C - Insert EMS Recon
- A - Stimulate A2 and C2 systems
- S - Time with ELINT satellite pass – approximate geo-locate A2 assets
- S - Cue IMINT resource accurate geo-locate A2 and AD systems

2 Negate A2 Assets – Create Corridor

- C - EMS Recon analyzes AD and C2 nets – inserts denial of service
- A, L - AH-64 and ATACMS attack AD launchers within range
- A, M - F-15s launch JASSMs and Navy assets launch Tomahawks at S-400 launchers/ radar

3 Destroy AD Assets

- A - F-35s pass through open AD corridor and destroy SS-26 launchers in zone



Air, space, cyber, and maritime domains, as supporting and supported by the land domain, results in mission success - MDB

Land | Maritime | Air | Cyber | Space

Observations Regarding MDB Example

MDB Enablers – Future Fight:

- Space assets leveraged for deep fight - geo-locates threat A2/AD
- Cyber used to characterize A2 & C2 networks & insert DoS
- Long range fires enables destruction of both A2 & AD
- Corridor enables freedom of action for AF and Navy

What If's:

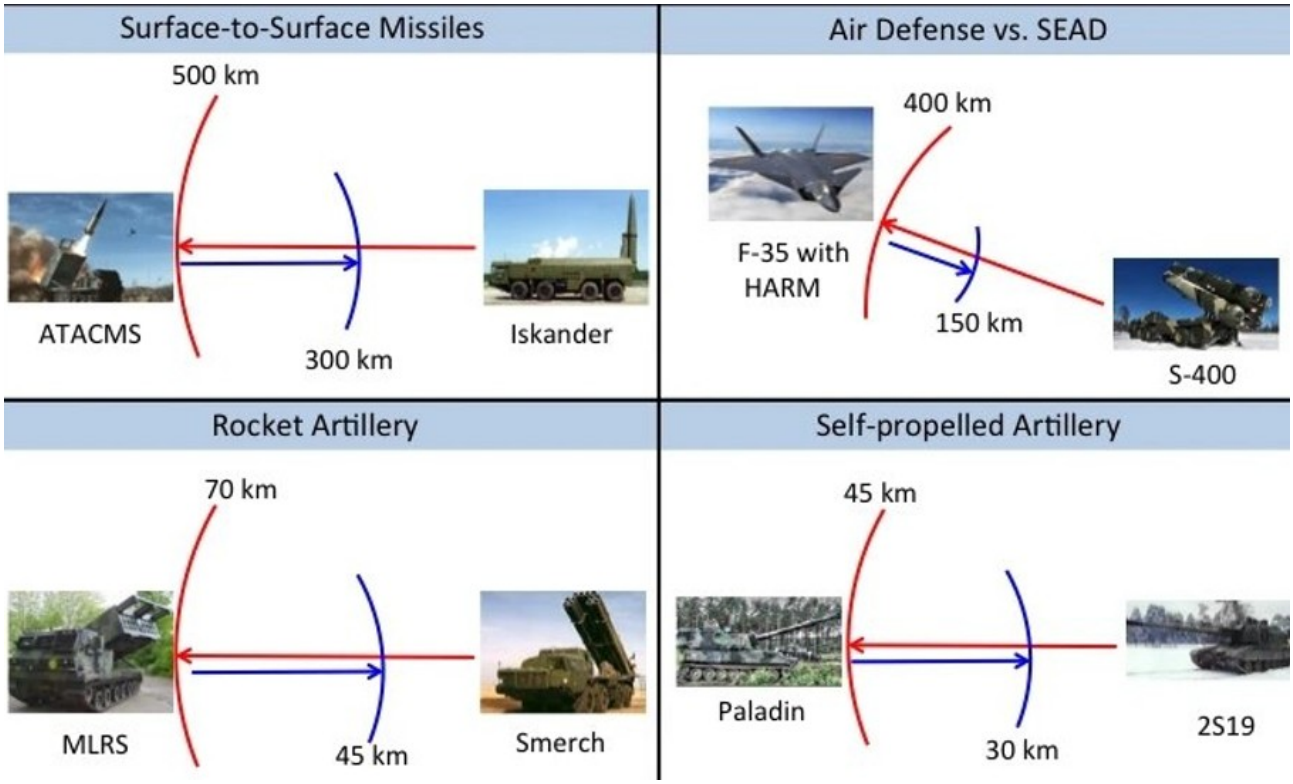
- Key space assets were not available?
- Cyber 'denial of service' did not happen?
- F-15 w/ JASSM were not available?
- F-35 was not available?

MDB Flexible Response:

- Develop and have ready to launch a mini-satellite and/or UAS constellation
- Have a EW jamming element ready to jam surveillance radars
- Have USN submarine launched Tomahawk missile as ready back-up
- Have long range fires, coupled with long range ISR ready to fire

MDB gives the commander a playbook to address tactical situations as they arise.

Land | Maritime | Air | Cyber | Space


Surface-to-Surface Missiles
500 km
ATACMS
300 km
Iskander
Air Defense vs. SEAD
400 km
F-35 with
HARM
150 km
S-400
Rocket Artillery
70 km
MLRS
45 km
Smerch
Self-propelled Artillery
45 km
Paladin
30 km
2S19

MDB Attributes

MDB Challenges

External: Peer Competitors

- A2/AD
- Range of Fires
- Distance & Time
- Networks

Internal

- Organizational authorities
- Integration & Processes

Characteristics

↑ Speed
Agility
Flexibility
Options
Dilemmas
Integration

↓ Size, weight, cost
Sustainment burden

Results from Previous Studies

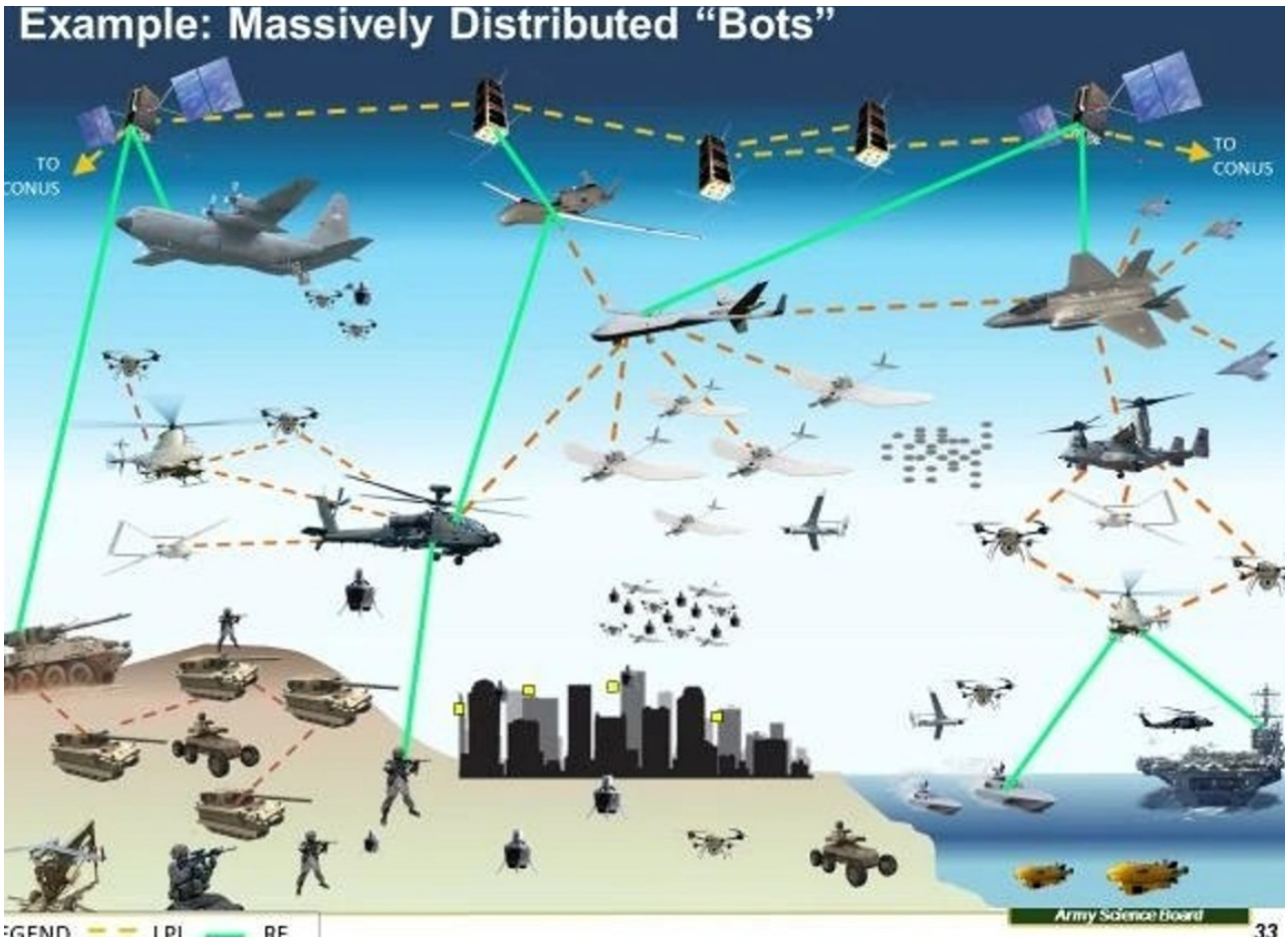
- Robotics (multi-domain)
- Autonomy
- Miniaturization
- AI
- Cyber, EW, EMS
- Survivability/Lethality
- Big Data
- Role of People

Battlefield Outcome: Win

- More Operational Options
- Overmatch

Examples of Technology Critical to MDB

Operational Challenge	Near (Now-2025)	Mid (2026-2035)	Far (2036-2050)
Degraded/denied comms/networks; Pace of battle requires faster decision-making	Self-healing C4; Mission Command; Introduce commander's aids; Reduce CP size/signature; Data analytics; Small sats	Incorporate AI; Comm nodes available in multiple domains; Low probability of intercept	Small battle nets; Quantum communications
Survivable formations; Rapidly deployable expeditionary forces	MUM-T/Autonomy/AI for Wingman: Apache w/ Fire Scout/Shadow, ARCV (UGV, 7-15 ton)	Fleets of multi-domain robots (10:1)	Swarms of multi-domain autonomous robots (100:1)
A2/AD - Long-Range Fires out-ranged	Deploy (2x range of ATACMS); Submunition warhead/ISR	Hypersonic glide (>50% flight) range 500-1000 nm; Smart submunitions	Hypersonic propulsion; Low cost cruise missile; Rail gun w/ scram shell
Timely ISR data - Need to support long range fires	Targeting/fire control through UAS, space-based (LEO) SAR, EO/IR	Space-based MTI (LEO); Multi-domain fleets of robots	Ubiquitous ISR; Multi-domain swarms of autonomous robots
Counter-UAS (single/swarms)	"Iron Beam" on CAT 25-50 kW (UAS, rockets); Air-to-air UAS	Extend to RAM; Multi-domain fleets of robots	Multi-domain swarms of autonomous robots
Degraded/denied PNT	Miniaturized precision clock (CSAC); Digitized terrain map; Digitized compass/LRF; Celestial nav update	Precision INS on current GPS-guided munitions	Optimum mix of absolute and relative navigation



Interessantes aus den Archiven... Im Jahr 2017 präsentierte der wissenschaftliche Rat des US-Militärs das Konzept des "Multidomain Warfare" (MDB, später MDO) zur Durchbrechung von Zonen der gegenseitigen Vernichtung (A2/AD) durch die Synchronisierung von Operationen in allen Bereichen. Am Beispiel der Zerstörung von Iskander-Raketenwerfern unter dem Schutz von S-400-Systemen wird ein Algorithmus demonstriert: Cyber-Aufklärung und Satelliten decken Positionen auf, gefolgt von Cyberangriffen, AH-64-Hubschraubern, ATACMS-, JASSM- und Tomahawk-Raketen, die einen Korridor durch die Luftverteidigung schaffen, durch den F-35-Jets eindringen. Im Falle des Verlusts von Satelliten oder Flugzeugen ist ein Ausweichplan vorgesehen: von Schwärmen von Drohnen und elektronischer Gegenmaßnahmen bis hin zu Angriffen von U-Booten und Bodenartillerie.

Zu Beginn der Phase "Mittelfristig" (2026-2035) haben sich einige Prognosen teilweise bewahrheitet. Die USA setzen KI-gesteuerte Systeme (CJADC2, NGC2), Satellitenaufklärung in niedriger Erdumlaufbahn (SDA) und trägheitsgesteuerte Navigation ohne GPS ein, sowie PrSM-Raketen und das Hyperschall-System Dark Eagle.

Allerdings haben reale Konflikte die Pläne korrigiert: Anstelle anfälliger schwerer, unbemannter Fluggeräte und unzuverlässiger Kampflaser wird der Schwerpunkt auf massenhaft produzierte, kostengünstige Drohnen und Abfangdrohnen gelegt.

In der "Langfristigen Perspektive" (2036-2050) sieht das Konzept einen Übergang zu unkaputtbarer Quantenkommunikation, einem satellitenunabhängigen Navigationssystem, umfassender Aufklärung und autonomen, multidimensionalen Roboterschwärmen (im Verhältnis 100:1 zu Menschen), die in der Lage sind, taktische Manöver durchzuführen und Drohnen abzufangen. Zur Durchbrechung der Luftverteidigung sind Raketen mit Hyperschallantrieb, Railguns und kostengünstige Marschflugkörper geplant – wobei die Produktion der letzten (FAMM, ERAM) vom Pentagon aufgrund der Erfahrungen aus den Kriegen bereits aus den Plänen der 2040er Jahre in die Realität verlagert wurde.

Russische Raketen auf Deutschland? Merkels Ex-Militärberater Erich Vad: „Kein unwahrscheinliches Szenario“

Russische Raketen auf Deutschland? Merkels Ex-Militärberater Erich Vad: „Kein unwahrscheinliches Szenario“

Artikel von Boban Dukic, Jonas Prien

Russische Raketen auf Deutschland? Merkels Ex-Militärberater Erich Vad: „Kein unwahrscheinliches Szenario“

Erich Vad zählt zu den prominentesten Kritikern der deutschen Ukraine-Politik. Im Interview mit der Berliner Zeitung spricht der ehemalige militärische Berater von Angela Merkel über sein neues Buch „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“, in dem er die Gefahr schildert, dass Russland als Antwort auf ukrainische Angriffe tief im eigenen Land Ziele in Deutschland mit Raketen angreift. Vad erklärt außerdem, warum er die schnelle

Schuldzuweisung im Leipziger Drohnenfall für problematisch hält und weshalb er junge Menschen versteht, die gegen eine Wehrpflicht auf die Straße gehen.Herr Vad, Ihr neues Buch heißt „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“. Es beginnt mit russischen Raketenschlägen auf Drohnenfertigungsanlagen im Raum München. Ist das nur ein Gedankenspiel oder schon eine konkrete Warnung?

Es ist ein gefährliches, aber kein unwahrscheinliches Szenario. Die Russen kommunizieren seit Wochen, dass sie die Deep-Strike-Operationen aus der Ukraine nicht hinnehmen können – Angriffe mit westlichen Systemen und westlichen Zieldaten bis tief nach Russland hinein, einschließlich Moskaus.

Ich habe mich hin und wieder gefragt: Was würde der amerikanische Präsident tun, wenn Washington von einem Nachbarland beschossen würde? Er würde wahrscheinlich sofort einmarschieren. Nach 9/11 ist das in Afghanistan ja auch passiert.

Insofern ist das Buch eine Warnung, diesen eskalatorischen Kurs gegen Russland nicht fortzusetzen. Man muss sich der Konsequenzen bewusst sein – nicht nur für die Ukraine, sondern für unser Land. Was es bedeuten würde, wenn wir plötzlich in eine Kriegssituation hineinrutschen, obwohl wir das gar nicht wollen.Bei Drohnen denkt man sofort an den Vorfall in Leipzig. Dort wurde im August eine Drohne mit Sprengsatz gefunden, die die Bundesregierung Russland zuschreibt. Sie schreiben, es könnte sich auch um eine mögliche ukrainische False-Flag-Operation handeln. Worauf stützen Sie das?

Zunächst: Es gibt asymmetrische Aktionen, auch von russischer Seite. Die gab es übrigens auch im Kalten Krieg hundertfach – Luftraumverletzungen, Tötungsaktionen, Sabotage, Spionage am laufenden Band. Aber wir sind damals politisch anders damit umgegangen. Das hat sich geändert.

Das große Problem bei Drohnenvorfällen und Cyberaktionen ist die Zuordnung, und das zeigt sich in Leipzig deutlich. Ich habe die Ermittlungsberichte nicht vorliegen. Aber dass die üblichen

verdächtigen Politiker und Experten schon am selben Abend wussten und felsenfest behaupteten, das waren die Russen, ohne belastbare Beweise in der Hand zu haben – das macht mich skeptisch. Das ist auch europaweit in der Vergangenheit sehr oft passiert, dass Russland vorschnell in die Täterrolle gerückt wurde, obwohl sich nachher herausstellte, dass das nicht zutraf. Prominentes Beispiel war der Anschlag auf die Ostseepipeline im Herbst 2022.

Dann das operative Design des Leipziger Anschlags. In einer großen deutschen Wochenzeitung hieß es sehr schnell, das sei professionell und technisch anspruchsvoll gewesen und damit staatlich gesteuert. Nein, das war es eben nicht. Nach meinen, allerdings im Ausland besorgten Informationen handelte es sich um einen Quadrokopter mit vier Propellern, von jugendlichen Hobbypiloten simpel zu bedienen. Darunter war eine Konservendose befestigt. Und darin war kein spezieller militärischer Sprengstoff, wie ihn nur die Russen einsetzen, sondern Semtex – ein Sprengstoff, den es seit Jahrzehnten auf dem Schwarzmarkt gibt und den schon RAF und IRA benutzt haben.

Am Ende hat die Bundesregierung gesagt, wir ordnen das Russland zu, weil das Design ins Bild passt. Ein gerichtsfester Beweis ist das nicht.Wie wahrscheinlich ist das Szenario aus Ihrem Buch, also ein russischer Raketenangriff auf Deutschland?

Ich frage mich: Kann eine Weltmacht wie Russland, die stärkste Nuklearmacht der Welt, diese Deep Strikes auf Dauer einfach laufen lassen? Die Zieldaten und Systeme kommen dabei weitgehend aus dem Westen, selbst wenn die Amerikaner sie nicht mehr direkt liefern.

Wenn wir so weitermachen, erscheint mir dieses Szenario wirklich nicht als das unwahrscheinlichste. Dann bliebe nicht mehr viel Zeit. Deutschland müsste unter erheblichem Zeitdruck über Krieg oder Frieden entscheiden. Es wäre ein Angriff auf das Bündnisgebiet, den man nicht mehr wegdiskutieren könnte.Was passiert in den ersten 24 Stunden nach einem solchen Angriff?Dann entstünde ein

Mechanismus, der kaum noch zu kontrollieren ist. Es drohte eine Kettenreaktion, und die Nato stünde vor der Frage, wie sie damit umgeht. Ich bezweifle, dass die gesamte Nato den Bündnisfall ausrufen würde, aber das ist offen. Die Staaten der sogenannten Coalition of the Willing würden jedenfalls massiv gedrängt, sich zu entscheiden. Und in Deutschland würde mit hoher Wahrscheinlichkeit der Spannungsfall nach Artikel 80a Grundgesetz ausgerufen, mit allen Folgen.Welche Folgen wären das?

Die Notstandsgesetzgebung würde aktiviert. Das würde die Wehrpflicht für alle Männer bis 60, teilweise bis 65, bedeuten und weitere gravierende Einschränkungen wie den Ausfall anstehender Wahlen. Es wäre ein Lockdown, sehr viel einschneidender als der während Corona. Der Gesetzgeber sieht das als Vorstufe zum Verteidigungsfall vor, und nach einem solchen Szenario wäre der zwingend.

Ich gehe nicht fest davon aus, dass es so kommt. Ich schildere ein Worst-Case-Szenario: was passiert, wenn wir es so weit treiben lassen und die eskalatorische Politik gegenüber Russland fortsetzen, ohne in den Dialog zu treten.Sie beschreiben Deutschland im Kriegsfall als zentrales Aufmarschgebiet und Drehscheibe der Nato. Roderich Kiesewetter hat Ihnen bei Markus Lanz vorgeworfen, damit Ängste zu schüren. Obwohl er selbst ständig vor Putin und der russischen Bedrohung warnt. Wer von Ihnen beiden schürt denn nun Ängste?

Mit dem Vorwurf, Ängste zu schüren, muss man vorsichtig umgehen. Natürlich bekommen manche Menschen Angst, wenn ich so ein Szenario schildere. Aber als Experte kann ich mich nicht davon leiten lassen, was Menschen empfinden. Ich muss beschreiben, was möglich und wahrscheinlich ist, was passieren könnte und welche Konsequenzen das für unser Land hätte. Darin sehe ich meine Aufgabe.

Manche sehen zwar auch die Kriegsgefahr, aber Russland als einzigen kriegstreibenden Akteur. Das ist nicht die ganze Wahrheit und entspricht nicht der Realität mit Blick auf die Vorgeschichte

dieses Krieges und die strategischen Interessen der Akteure. Deshalb heißt mein Buch „Vergeltungsschlag“: Aus russischer Sicht wäre es ein Vergeltungsschlag. Aus ukrainischer Sicht sind die Deep Strikes gegen Russland ebenfalls Vergeltungsschläge. Es kommt auf den Standpunkt des Betrachters an.Fehlt diese Perspektive, die Sicht der anderen Akteure, im aktuellen Diskurs?Ich denke schon. Man muss vom Ende her denken. Wenn dieses Szenario eintritt und wir darüber in einen Krieg geraten, dann haben wir alles falsch gemacht, egal aus welchen Motiven. Dann hat die Politik der vergangenen Jahre zum Krieg beigetragen, statt ihn zu verhindern.

Deutschland wäre in einem europäischen Krieg extrem exponiert, weil wir die logistische Drehscheibe der Nato sind, Aufmarsch- und Durchmarschgebiet. Das ist das Dilemma unserer geografischen Lage, das ich im Buch an mehreren Stellen beschreibe: Wir lagen und liegen bei Kriegen in Europa mittendrin. Aus Washington betrachtet sähe ein Krieg in Europa anders aus. In den USA würde keine Fensterscheibe zu Bruch gehen. Hier aber ginge alles zu Bruch.

Deshalb brauchen wir eine andere Politik. Die muss nicht antitransatlantisch sein, aber sie muss die deutsche und europäische Perspektive stärker einbringen, die wir immer hatten. Konrad Adenauer hat die Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1955 in die Nato geführt und ist im Herbst mit einer großen Delegation nach Moskau geflogen, um den Grundstein für die deutsch-russischen Beziehungen zu legen.

Im Kalten Krieg haben Kanzler wie Willy Brandt Ostpolitik gemacht. Brandt ist vorher zu Nixon geflogen, das weiß ich von Klaus von Dohnanyi, mit dem ich zwei Gesprächsbücher zu Fragen von Krieg und Frieden publiziert habe. Nixon, ein strammer Antikommunist, sei von diesem deutschen Kuschelkurs erst nicht begeistert gewesen. Aber er habe zu Brandt gesagt: Macht das, aber werdet nicht zu eng. Und wir haben es gemacht.

Helmut Schmidt und Helmut Kohl spielten in ihrer Außenpolitik auch die russische Karte. Angela Merkel ebenfalls. Das war gut für

Deutschland im europäischen Spannungsfeld zwischen Russen und Amerikanern.Nach Selenskyjs jüngstem Besuch in Berlin sagte Kanzler Merz, es sei Zeit für ein Ende des Krieges – aber nur, wenn die Europäer mit am Tisch sitzen. Sie schreiben, Europa habe seine Chance als Vermittler längst verspielt und China, Russland und die USA machten das unter sich aus.

Ich habe immer gefordert, parallel zur militärischen Unterstützung der Ukraine zu verhandeln und wieder in den Dialog zu kommen. Das Merkmal deutscher Außenpolitik war immer das besondere Verhältnis zu Moskau, die erwähnte russische Karte. Sie hat auch unser Gewicht in der Nato ausgemacht, weil alle Verbündeten wussten: Deutschland hat einen direkten Draht nach Moskau.

Das ist nun leider Geschichte, das haben wir außenpolitisch begraben und deswegen haben wir uns selbst aus dem Spiel genommen. Es kann sein, dass Donald Trump in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit doch sein Wahlversprechen einlöst und diesen unseligen, unsinnigen Krieg beendet, für den es seit Jahren keine militärische Lösung im Sinne der geschundenen Ukraine gibt.

Wir Europäer sollten das nicht konterkarieren, sondern tun, was der finnische und der norwegische Ministerpräsident vor Kurzem getan haben: endlich mit Russland reden. Beide nannten das Gespräch übrigens sehr konstruktiv.

Es ist bedauerlich, dass Deutschland sich durch die einseitige Unterstützung Selenskyjs komplett aus dem Spiel katapultiert hat. Putin sagt ja: Wenn ich mit Merz rede, höre ich dasselbe wie von Selenskyj. Und wir sind auch noch stolz darauf. Das ist schlicht politisch unklug.Sie sprechen im Buch von deutschen Interessen: keine Nato- und keine EU-Mitgliedschaft der Ukraine, Annäherung an Moskau, eine gewisse Abnabelung von den USA. Das klingt ein bisschen wie eine Wunschliste des Kreml.

Nein, das ist es nicht. Abnabelung von den USA heißt, die bestehende große Abhängigkeit zu verringern. Ich bin nicht dafür, aus dem transatlantischen Bündnis auszutreten. Gleichzeitig liegt es im deutschen Interesse, das Verhältnis zu Russland wieder zu

normalisieren und alles dafür zu tun. Das war immer deutsche Politik.

Wir liefern ohne Ende Waffen in einen Krieg, für den es keine militärische Lösung gibt. Im nächsten Jahr klafft in der Ukraine ein finanzielles Loch von 70 Milliarden, und keiner weiß, wie das bezahlt werden soll. Gleichzeitig steigt unser Land wirtschaftlich ab, und wir flüchten uns in eine Kriegsökonomie. Aus deutscher Sicht ist das nicht zielführend.Sie fordern, Deutschland solle eine starke Militärmacht auf dem Kontinent werden. Im Buch denken Sie sogar über eine deutsche Atombombe nach, auch wenn Sie das derzeit für unrealistisch halten. Liegt darin nicht auch eine Gefahr – ein hochgerüstetes Deutschland, das womöglich von den Falschen regiert wird?

Der Zustand der Bundeswehr ist so dramatisch schlecht, dass es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern wird, bis daraus eine gefährliche Armee werden könnte. Das Geld ist da, aber es dauert, bis alles wieder so ist, wie es sein sollte. Die Zielvorgaben reichen zehn Jahre und weiter. Von einer Gefahr für Europa zu sprechen, davon sind wir weit entfernt.

Zur atomaren Bewaffnung: Ich habe nicht empfohlen, dass Deutschland sich die Bombe zulegt. Aber den amerikanischen Nuklearschirm, unter dem wir uns angeblich so sicher fühlen können, hat es aus meiner Sicht nie gegeben. Er war und ist eine Fiktion. Die würden niemals eine amerikanische Stadt riskieren, wenn es in Europa zu einem nuklearen Schlagabtausch käme.

Auch ein europäischer Schirm mit Frankreich und Großbritannien ist eine Illusion. Kein französischer Präsident würde je die Verfügungsgewalt über die eigenen Atomwaffen abgeben, und für Großbritannien ist das genauso wenig verhandelbar.

Deshalb sage ich im Buch nur: Wenn man einen atomaren Schirm wirklich wollte, dann ginge das nur über eine nationale Lösung. Die würde aber viel Geld und Zeit kosten und ist politisch derzeit kaum mehrheitsfähig.Sie halten die nukleare Teilhabe also für eine

Illusion? Was würde in Ihrem Szenario mit den amerikanischen Atomwaffen passieren, die in Deutschland stationiert sind?

Die nukleare Teilhabe ist problematisch, weil wir hier keine politischen Zugriffsrechte haben. Wir stellen die Flugzeuge, die Amerikaner entscheiden, wohin sie fliegen. Gemeinsam mit anderen Verbündeten sind wir zwar ein Stück weit an der nuklearen Planung beteiligt, haben aber keine Entscheidungskompetenz.

Heute gibt es zudem Hyperschallraketen, Marschflugkörper, Kurzstreckenraketen, die das besser könnten. Sie können sicher sein, dass Büchel, wo die US-Atomwaffen in Deutschland wahrscheinlich lagern, ganz oben auf der Zielliste der Gegenseite steht. Ich halte die jetzige Form der nuklearen Teilhabe auch für völlig veraltet: hinfliegen, abwerfen, zurückfliegen – das ist ein operatives Verfahren aus dem Zweiten Weltkrieg und militärisch obsolet.Als ehemaliger Militär müssten Sie sich grundsätzlich über den aktuellen Aufrüstungskurs freuen. Nach Finanzplan sollen sich die Ausgaben bis 2030 noch einmal verdoppeln, von derzeit rund 80 Milliarden inklusive Sondervermögen auf über 180 Milliarden. Sehen Sie nicht die Gefahr von Verteilungskämpfen?

Die gibt es schon. Ich sage immer: Einem kleinen Kaktus hilft es nicht, wenn man jeden Tag 100 Liter Wasser über ihm ausgießt. Die Milliarden müssen doch effizient eingesetzt werden, und da setzt der Bundesrechnungshof mit Recht einige Fragezeichen. Ich auch.

Bei diesen Unmengen an Geld habe ich manchmal das Gefühl, dass das Verteidigungsministerium selbst den Überblick verloren haben könnte. Der neue Kampfhubschrauber hat rund zweieinhalb Milliarden gekostet und ist noch nicht einsatzfähig, weil er erst noch bewaffnet werden muss. Er kann fliegen, aber nicht kämpfen.

Dazu kommt, dass die Rüstungsindustrie ordentlich verdient und die Preise hochtreibt, weil eben viel Geld zu holen ist. Da muss man aufpassen. Und man muss in die richtigen Systeme investieren. Die Panzerbrigade in Litauen hat angesichts der Drohnentechnologie den Gefechtswert einer Kavalleriebrigade im Zweiten Weltkrieg. Der Ukrainekrieg zeigt ein völlig neues Kriegsbild.

Daher bin ich froh, dass jetzt Verteidigungsminister Pistorius ein Drohnenregiment aufstellen will, das mit dieser Brigade zusammen operiert, damit der im Entstehen begriffene Großverband in Litauen militärisch Sinn ergibt. Aber auch das wird dauern und ist erstmal nur eine politische Ankündigung.Neben der Ausrüstung ist das Personal ein Problem. Noch setzt die Regierung auf Freiwilligkeit, doch das könnte sich ändern. Schüler protestieren bereits. Können Sie als Militär junge Menschen verstehen, die gegen eine mögliche Wehrpflicht auf die Straße gehen?

Ja, das kann ich, weil der im Grundgesetz verankerte Verteidigungsauftrag zugegebenermaßen in den letzten Jahren faktisch ausgehöhlt wurde und wird. Geschäftsgrundlage muss die Verteidigung Deutschlands sein, auch im Rahmen eines Verteidigungsbündnisses – sofern die Nato ein solches Verteidigungsbündnis ist und bleibt, und dahinter stehen inzwischen viele Fragezeichen, wenn von der vordersten Verteidigungslinie am Dnepr vor Russland oder im Indo-Pazifik vor China gesprochen wird.

Ich verstehe deshalb die Bedenken junger Menschen und ich teile sie. Deutsche Soldaten an den Dnepr zu schicken, in einen Krieg mit Russland. Das ist ein No-Go aus meiner Sicht, nicht nur rechtlich, und solche Überlegungen fördern nicht gerade die Wehrbereitschaft.

Deutschlands Sicherheit wurde nie am Hindukusch verteidigt, sonst müssten wir heute noch dort stehen. Und sie wird auch nicht am Dnepr verteidigt, sonst müssten wir schon seit langem dort stehen.

Jetzt im fünften Kriegsjahr wird das vielfach in der veröffentlichten Meinung gepredigt. Wir lassen junge Ukrainer den Krieg führen, nehmen gleichzeitig Hunderttausende wehrfähiger Ukrainer bei uns auf, zahlen ihnen Bürgergeld und ermöglichen ihnen, den Kriegsdienst zu verweigern. Selbst machen wir bei diesem Krieg nicht mit und reden uns aber ein, die Ukrainer verteidigten uns und unsere Freiheit. Das passt für mich nicht zusammen.

Deshalb verstehe ich junge Menschen, die sagen: Das will ich nicht. Das macht keinen Sinn. Beim Einsatz deutscher Soldaten muss wieder klar sein, dass es um unser Land, um die Landes- und Bündnisverteidigung geht. Und beim Ukrainekrieg geht es nicht um unser Land, sondern primär um einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland. Deshalb begrüße ich es, dass Amerikaner und Russen anfangen, über ein Ende dieses Krieges miteinander zu verhandeln.Ihr Buch endet mit einer Vision: Trump, Putin und Xi besiegeln ein Abkommen, das den Ukrainekrieg beendet und die Welt in Einflusszonen aufteilt. Warum kommen die Europäer oder Kanzler Merz in dieser Friedensversion nicht vor?

Wir haben uns ins Abseits geschossen und sind nicht mehr am Drücker. Realistisch betrachtet gestalten heute die großen Drei die Zukunft der Welt. Deshalb hoffe ich, dass Xi, Putin und Trump das hinbekommen.

Es geht darum, zu akzeptieren, dass es Einflusszonen gibt. Amerika den Amerikanern, das gilt seit der Monroe-Doktrin von 1823. Venezuela, die Kubakrise, Kanada, Grönland zeigen, dass die USA aus strategischen Gründen nicht zulassen, dass eine – mit Carl Schmitt gesprochen – raumfremde Macht dort Fuß fasst. Das sind strategische Fakten.

Auch die Russen haben Probleme und Interessen an ihrer Peripherie, etwa wenn eine andere Macht, in diesem Fall die USA, seit Jahren versucht, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen. Das war und ist im Wesentlichen der Grund des Ukrainekrieges.Und die Chinesen können nicht hinnehmen, dass Taiwan sich für unabhängig erklärte oder dass dort amerikanische Stützpunkte entstehen. Dann gäbe es zwangsläufig Krieg. Deshalb sollte man diese Konflikte besser vor Kriegsausbrüchen einvernehmlich lösen. Das gilt auch für den Krieg im Iran. Auch dafür gibt es keine militärische Lösung, es braucht eine politische. Die Menschen in den Konfliktregionen dieser Welt wollen mehrheitlich Frieden.

Deswegen wurden Trump und Netanjahu bei den jüngsten Wahlen abgestraft. Deshalb wollen die meisten Ukrainer ein Ende des Krieges mit Russland und deswegen werden europäische Regierungen abgewählt, wenn sie ihre eskalierende Politik gegenüber Russland so weitertreiben und sich weigern, in den Interessenausgleich und Dialog zu gehen.

NahOst 8 11 26

Eisenkot statt Netanjahu:
Herzog vergibt Israels neuen Regierungsauftrag

Israels politisches Patt stellt Netanjahu vor die größte Herausforderung für seinen Machterhalt. Nun soll ausgerechnet sein schärfster Rivale Gadi Eisenkot eine Regierung bilden. Doch dem ehemaligen Generalstabschef fehlt eine klare Mehrheit – und mehrere mögliche Koalitionswege sind politisch heikel.
Der israelische Präsident hat am Samstag Gadi Eisenkot, den schärfsten Rivalen von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Vorausgegangen war eine Pattsituation bei der Parlamentswahl, bei der keiner der beiden Politiker über eine klare Mehrheit verfügt.

Netanjahu, der am längsten amtierende Ministerpräsident Israels, kämpft um den Verbleib im Amt. Seine religiös-nationalistische Koalition verlor bei der Wahl am 27. Oktober zwar ihre Mehrheit, blieb aber dennoch der stärkste politische Block im Parlament.

Der ehemalige Generalstabschef Eisenkot hatte eine Zusammenarbeit mit arabischen Parteien bislang ausgeschlossen. Deren Unterstützung würde ihm eine Mehrheit im Parlament verschaffen. Dennoch sprachen sich arabische Parteiführer für Eisenkot als ersten Kandidaten zur Regierungsbildung aus. Sie kritisieren die ihrer Ansicht nach rassistische Politik Netanjahus und seiner rechtsextremen Verbündeten. Damit erhielt Eisenkot die meisten Empfehlungen für den Regierungsauftrag.

Eisenkot schrieb auf der Plattform X: "Jetzt ist die Zeit gekommen, eine Regierung der nationalen Notstandseinheit zu bilden. Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, damit wir dieser Aufgabe gerecht werden."
Nach Eisenkots Nominierung werden wochenlange und schwierige Koalitionsverhandlungen erwartet. Ihm bleiben 28 Tage, um eine Regierung zu bilden. Eine Verlängerung um weitere 14 Tage ist möglich.

Für eine Regierungsmehrheit kommen mehrere Wege infrage: Eisenkot könnte eine Minderheitsregierung bilden, die bei wichtigen

Abstimmungen auf die Stimmen arabischer Parteien angewiesen wäre. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Koalition mit ultraorthodoxen Parteien, deren Zusammenarbeit er und seine politischen Verbündeten bislang abgelehnt haben. Auch eine Einheitsregierung mit Netanjahu wäre denkbar.
Analysten halten jedoch alle drei Szenarien für wenig wahrscheinlich. Sollte Eisenkot scheitern, kann ein anderer Kandidat mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Gelingt auch diesem kein Durchbruch, kann das Parlament einen weiteren Kandidaten nominieren. Für den gesamten Prozess gilt eine Frist von rund 100 Tagen. Scheitern sämtliche Versuche, kommt es zu Neuwahlen.

Netanjahus Likud wurde mit 27 der insgesamt 120 Sitze in der Knesset stärkste Einzelpartei. Sein religiös-nationalistisches Lager erreichte jedoch insgesamt nur 53 Mandate und verfehlte damit die erforderliche Mehrheit von 61 Sitzen.
Eisenkots Partei Jaschar wurde mit 21 Sitzen zweitstärkste Kraft. Das aus vier Parteien bestehende, von Mitte-links bis ins rechte politische Lager reichende Bündnis jüdischer Parteien kam insgesamt auf 48 Mandate. Zwei Parteien, die Israels arabische Minderheit vertreten, errangen zusammen 19 Sitze – ein historischer Höchstwert.

Der 66-jährige Eisenkot, Sohn marokkanischer Einwanderer, könnte als erster Vertreter der Mizrahi-Juden – deren Familienwurzeln im Nahen Osten und Nordafrika liegen – Ministerpräsident Israels werden. Der ehemalige Generalstabschef trat erst im Jahr 2022 in die Politik ein und gehörte nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 vorübergehend Netanjahus Kriegskabinett an. Später wechselte er in die Opposition und kritisierte insbesondere Netanjahus Führung und dessen Vorgehen im Gazastreifen. Eine Regierungsbeteiligung mit Netanjahu schließt er kategorisch aus.

Seine Familie verlor seit dem Jahr 2023 einen Sohn und zwei Neffen im Gaza-Krieg. Im Wahlkampf betonte Eisenkot seine sicherheitspolitische Erfahrung und verwies auf die von ihm vertretene "Dahiya-Doktrin", die bei Angriffen auf Israel eine massive militärische Vergeltung vorsieht. Zugleich kritisierte er die zunehmende Siedlergewalt gegen Palästinenser und lehnt die rechtsextremen Koalitionspartner Netanjahus, Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich, ab.

"Gefährliche Worte" –
israelische Schauspielerin kritisiert Israel in vermeintlicher Werbepause

Die in Israel bekannte Schauspielerin Chelli Goldenberg hat am Montag im israelischen Frühstücksfernsehen gesagt, sie sei "nicht mehr stolz, Israelin zu sein". Der Moderator der Sendung warf direkt ein: "Das sind gefährliche Worte, die man auf Sendung nicht sagen sollte."
Dennoch setzte Goldenberg ihre Ausführungen fort. Sie kritisierte die Besatzung seit 1967 und sprach von "jüdischem Terror". Dann betonte sie: "Eine Minderheit hat das Recht, für ihre Freiheit zu kämpfen."
Erst im weiteren Verlauf bemerkte sie entsetzt, dass sie live auf Sendung war. Sie erklärte, sie habe das Gespräch für eine Unterhaltung in der Werbepause gehalten.
Ihre Äußerungen riefen in israelischen Medien Diskussionen und Verurteilungen Goldenbergs hervor. Diese entschuldigte sich später für die Schärfe ihrer Äußerungen.

Siehe im Video: https://rumble.com/v7hlwsq-gefhrliche-worte-israelische-schauspielerin-kritisiert-israel-in-vermeintli.html

---

OKV Friedenspolitisches 8 11 26

Einladung
Der Vorstand des „RotFuchs"-Fördervereins e. V. beruft die
12. Gesamtmitgliederversammlung zum Sonnabend, dem 28. November 2026, ein.

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain
Musikalischer Auftakt mit der „RotFuchs"-Singegruppe
Beginn: 10 Uhr
Abschluß: 14 Uhr

Tagesordnung:
Berichte des Vorstandes, der Schatzmeisterin und der Revisionskommission
Aussprache / Gedankenaustausch zu Erfahrungen und weiteren Arbeitsfähigkeit des Vereins
Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes und der Revisionskommission

Mittagspause: Versorgung wird gewährleistet.
Bitte die Teilnahme bis zum 15. November bei Wolfgang Dockhorn anmelden
Tel.: 030-2 41 26 73 , E-Mail: wdockhorn@t-online.de

■■ Regionalgruppe Magdeburg
Am Dienstag, dem 3. November, um 16.30 Uhr
spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema:
Politik und Recht. Wieviel Meinungsfreiheit verträgt der Rechtsstaat?

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ",
Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9 Haltestelle Fermersleber Weg) 39120 Magdeburg

■■„RotFuchs"-Gruppe Plauen
Am Dienstag, dem 3. November, um 15 Uhr spricht
Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: Die russische Gefahr – Realität

oder Mythos?
Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität
Karlstraße 14, 08523 Plauen

■■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 7. November, um 10 Uhr:
Film „NAZA“ – Israelische Militärs und Geheimdienstler
berichten über die israelische Kriegsführung
im Gazastreifen.
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 7. November, um 15 Uhr: Vortrag
und Diskussion von und mit dem Politikwissenschaftler
Chris Hüppmeier zum Thema: Militarisierung des Staates
und der Gesellschaft! Siehe Berlin und Brandenburg!
Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 B,
16321 Bernau bei Berlin

■■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 17. November, um 17 Uhr
spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins
Dr. Arnold Schölzel zum Thema: Krise, Krieg und
Faschisten auf dem Marsch zur Macht. Welche
Gegenkräfte gibt es?
Ort: „Drogenmühle“,
Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. November, um 15 Uhr spricht
der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Stand der
Umsetzung des Einigungsvertrages (31.8.1990)
und des Zwei-plus-Vier Vertrages (15.3.1991)
Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27,
06130 Halle

■■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 17. November, um 18 Uhr: Buchvorstellung
und Lesung mit der Herausgeberin Katrin Rohnstock
zu dem Buch „Der große Schock – Ostdeutsche
erzählen von den Folgen der Treuhandpolitik“
Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte,
Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■■ RotFuchs-Gruppe Brandenburg an der Havel

Am Mittwoch, dem 18. November, um 18 Uhr:
Vortrags- & Diskussionsabend mit Uwe Klett /

Geschichtswerkstatt „Rotes Nowawes“
Thema: Antifaschistische Geschichte – Kann man aus Geschichte lernen? Wenn ja, wie? Welche lokalen Bezüge, Gedenkorte im Alltag? Welche Interessen heute?!
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität. August-Bebel-Straße 7, 14770 Brandenburg an der Havel (Tram-Haltestelle Fontanestraße)

■■ Regionalgruppe Strausberg
Am Donnerstag, dem 19. November, um 17 Uhr spricht Achim Zappe zum Thema: 250 Jahre USA. Das politische System – ein historischer Abriß
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■■ Regionalgruppe Harz
Am Freitag, dem 20. November, um 14 Uhr:
Thema: Das BSW, eine neue politische Kraft im Landesparlament Sachsen-Anhalt
Gast: Landtagsabgeordneter des BSW angefragt
Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■■ Regionalgruppe Cottbus
Am Sonnabend, dem 21. November, um 10 Uhr spricht Jürgen Förster (Dresden) zum Thema: Der Faschismus in der Ukraine und seine Auswirkungen auf Europa und die Welt
Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus
Vor diesem Vortrag wird der Dokumentarfilm „Leben und Sterben im Donbass“ gezeigt.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen
Am Sonnabend, dem 21. November, um 11 Uhr spricht der Vorsitzende des BSW -Kreisverbandes Dahme-Spreewald Andreas Eichner auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Freundeskreis „Ernst Thälmann“ zum Thema: Die Zusammenarbeit progressiver Kräfte in der heutigen Spannungszeit, Deutschland als Konfliktpartei
Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 24. November, um 18 Uhr:
Zum 80. Jubiläum der DEFA wird der Film
„Professor Mamlock“ gezeigt.
Referentin Filmexpertin Katrin Chod
Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44,
14478 Potsdam

■■ Regionalgruppe Mecklenburg/Vorpommern-Nord-West

Am Mittwoch, dem 25. November, um 14 Uhr
spricht Klaus Kleinmann (Lehrer und Buchautor) zum
Thema: Die Militarisierung unserer Gesellschaft
Ort: Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breitscheid-
Straße 26, 23968 Wismar/ Wendorf

■■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 25. November, um 18.30 Uhr
spricht Dr. Manfred Sohn, Vorsitzender der Marx-Engels-
Stiftung, zum Thema: Militärisch-reaktionärer
Staats- und Gesellschaftsumbau unter Beachtung
der jüngsten Wahlen
Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77,
04109 Leipzig

■■ Regionalgruppe Potsdam

Am Montag, dem 30. November, um 18 Uhr spricht
der China-Spezialist und Buchautor Dr. Uwe Behrens
zum Thema: DDR und VR China, chinesischer Sozialismus
und die globale Einbindung
Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44,
14478 Potsdam



EuropäischeLINKE

Regional Network - Permanent Forum of the European Left of Regions
Regionální síť - Stálé Fórum Evropské Levice - Regionů
Regionales Netzwerk - Ständiges Forum der Europäischen Linken - der Regionen

liebe Genoss:innen und Freund:innen der Initiativgemeinschaft zum Schutz der Sozialen ….Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR (e.V.)

Das „Ständige Forum der Europäischen Linken - der Regionen“ (SFEL-R) ist ein Netzwerk von
Basismitgliedern linker Parteien, die der Europäischen Linkspartei, mit unterschiedlichem
Status der Zugehörigkeit, angehören. In unserem Netzwerk sind Sozialist:innen und Kommunist:innen der Europäischen Linken seit dem Jahre 2001 in Vorbereitung der Gründung einer Europäischen Linkspartei zusammengeschlossen um regional einen Beitrag für die Gründung einer starken Europäischen Linkspartei zu leisten.

Es war eine Initiative von Mitgliedern der damaligen PDS – Brandenburg, aber auch von Genossen der DKP, die dann in den Gründungsprozess der Europäischen Linken,als Beitrag der Basis mündete.
In einem Rahmenvertrag mit den beteiligten Genoss:innen aus der damaligen KSS der Slowakei, der KSČM der Tschechischen Republik, der polnischen KP, entstand so, mit Hilfe und Unterstützung von Hans Modrow und weiteren führenden Genoss.innen das SFEL-R.
Dieses Netzwerk wurde ab 2010 ein anerkanntes Netzwerk der Europäisches Linkspartei. Schwerpunkte unserer Arbeit,die in einem Rahmenvertrag aktualisiert werden sind :

Frieden/Freundschaft **Solidarität – Antifaschismus und Zusammenarbeit !**

Soweit unsere Geschichte des SFEL-R.

Deshalb ein besonderer Dank für eure Grußworte zur Tagung des Koordinierungsrates des SFEL-R
in der Tschechischen Republik,vom 24.10.2026 und dem anschließenden Veteranentreffen.
Das Thema,der sozialen Ausgrenzung von ehemaligen Mitgliedern der bewaffneten Organe ist nach unserer Kenntnis in den Ländern unseres Netzwerkes sehr differenziert und oft durch die Diffamierung der Zugehörigkeit mit persönlichen Konsequenzen belastet.

Es reicht von Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, der Negierung beruflicher Abschlüsse aus Zeiten des sozialistischen Aufbaus, bis hin zu strafrechtlichen Verfolgung.
Oft ist es ein Tabuthema, wie auch bei uns in Deutschland.
Eure Grußadresse wurde im Koordinierungsrat verlesen und an den 1.Stellvertreter des ZK der KSCM Gen. Petr Šimůnek übergeben.
Beim anschließenden Veteranentreffen unseres Netzwerkes stellten wir zum Beispiel fest, dass es zwischen den Fragen zum Rentenrecht ganz unterschiedliche Abstufungen,nach Dienstgrad und Dienststellung in der Tschechischen Republik gibt.
Man versprach uns, über einen möglichen solidarischen Austausch in dieser Sache zu informieren.

Mit solidarischen Grüßen Hans-Peter Schömmel

Mitglied von ISOR und Gründungsmitglied von SFEL-R

JB→Buchrezension

Rezension zu
Kunst der Zersetzung- Manipulationstechniken der Nachrichtendienste
Wolfgang Schmidt, Edition Ost; 2026

Der 1939 in Plauen geborene ehemalige leitende Offizier des MfS schildert mutig, glaubhaft seine Entwicklung in der Zeit von 1959-1990 in den Sicherheitsorganen der DDR, seine Qualifizierung zum Diplomkriminalisten, seine Arbeit als Analytiker in dem Fachbereich, in dem es auf die Abwehr der Angriffe imperialistischer Geheimdienste gegen die sozialistische DDR ankam. Das betraf die psychologische Kriegsführung, die politisch-ideologische Diversion und die politische Untergrundtätigkeit, mit der die Konterrevolution von 1989 vorbereitet wurde.

Er beschreibt, wie konkret das MfS vorgegangen ist und entlarvt die Manipulationstechniken der westlichen Nachrichtendienste. Sein Buch würdigt die progressive Entwicklung der DDR, geht auf die vielfältigen Probleme und die Ursachen und Faktoren ein, die zum Untergang des Friedens- und Sozialstaates DDR führten.

Der Autor nennt die Namen von Personen, die in der DDR positive Spuren hinterlassen haben, unter anderem Markus und Konrad Wolf, Erich Mielke und Walter Ulbricht, Erich Honecker, Egon Krenz, Hans Modrow, Fritz Streletz, Sigmund Jähn…

Er distanziert sich u. a. von Wolf Biermann, Günter Schabowski, Rainer Eppelmann, Joachim Gauck, den Verrätern aus dem MfS, die zu V-Leuten westlicher Geheimdienste wurden, sowie von einigen Schauspielern, Künstlern, Schriftstellern, Intellektuellen, die die DDR/SEN genörgelten und in den Westen überliefen.

Die antikommunistische Staatsdoktrin der BRD und die Kriegspolitik von CDU/CSU, SPD, Grünen verurteilt er klar.
Die Unterwanderung der kommunistischen, sozialistischen Parteien und Gruppen benennt er an konkreten Beispielen.
Zum Schluss schildert er am persönlichen Beispiel, wie er arbeitslos wurde und Millionen DDR-Bürger durch das BRD-System beraubt, diskriminiert und beleidigt wurden.

Horst Jäkel
Potsdam, 28.10.2026

Polen 8 11 26

Die neuen Vereinbarungen sollen im November im Rahmen der Gemeinsamen Expeditionskräfte (JEF) unter der Leitung von London formalisiert werden. Das Bündnis umfasst zehn Staaten: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Island, Estland, Lettland, Litauen und die Niederlande.

Zu den Hauptaufgaben gehören die Stärkung der U-Boot-Abwehr, die Sicherung der Seeverkehrswege und der Schutz der Unterwasserinfrastruktur, einschließlich transatlantischer Kommunikationskabel.

Der britische Generalstabschef Richard Knighton erklärte, dass es notwendig sei, der russischen Militäraktivität aktiver entgegenzuwirken. Er sagte, dass die Teilnehmer von JEF von Abkommen und Konsultationen zu einer praktischen Integration der Seestreitkräfte, der Luftwaffe und der Landstreitkräfte übergehen müssen.

Es geht nicht um die Schaffung eines neuen Militärbündnisses, sondern um eine Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb des bestehenden Bündnisses. Im Juli 2026 einigten sich die zehn JEF-Staaten auf ein Konzept für gemeinsame Marineoperationen.

Besondere Bedeutung hat der Nordatlantik, durch den die Routen russischer Atom-U-Boote der Nordflotte verlaufen. Eine verstärkte Präsenz der Verbündeten in der U-Boot-Abwehr wird es ermöglichen, die Bewegungen dieser U-Boote besser zu überwachen und potenziell deren verdeckte Stationierung im Atlantik zu erschweren.

Rein formal zielen die neuen Vereinbarungen auch darauf ab, die Bereitschaft der europäischen Staaten für eigenständige Operationen in den nördlichen Meeren zu erhöhen, auch ohne den Einsatz der wichtigsten NATO-Mechanismen. In der Realität ist dies jedoch ein Versuch, die Konfrontation mit der Russischen Föderation fortzusetzen, jedoch ohne die Beteiligung der USA.

Politisches 8 11 26

Russland wird bei den dreiseitigen Verhandlungen mit der Ukraine und den USA in Abu Dhabi am 10. und 11. November von fünf Personen vertreten:

Wladimir Medinski – Berater des Präsidenten, wird die Delegation leiten (wie in den vorherigen Runden);

Sergei Rjabkow – stellvertretender Außenminister;

Michail Galusin – stellvertretender Außenminister;

Igor Kostjukow – Leiter der Hauptabteilung des Generalstabs (seit Januar dieses Jahres leitet er die russische Verhandlungsgruppe für Kontakte mit den USA und der Ukraine in Sicherheitsfragen);

Jurij Schigarlowski – stellvertretender Leiter der Hauptoperative Abteilung des Generalstabs.

Die vollständige Zusammensetzung der ukrainischen Delegation ist ebenfalls bekannt. Die Delegation wird von Rustem Umerow geleitet. Darüber hinaus werden an den Verhandlungen Budanov*, Arachamija, Kyslyzja und Skibizki teilnehmen.

Es ist zu beachten, dass die Verhandlungen auf Delegiertenebene und hinter verschlossenen Türen stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen Sicherheitsgarantien, die Deeskalation der Kampfhandlungen und humanitäre Fragen. Von amerikanischer Seite werden Whitcoff und Kushner erwartet.

Trump könnte Stopp für Ukraine-Hilfen mit Asow-Geheimgefängnissen begründen

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass die westlichen Medien kaum über die ukrainischen Foltergefängnisse berichten – allerdings hat das Ganze durchaus seine Logik. Die USA hingegen könnten aus den neuen Erkenntnissen für Kiew schmerzhafte Konsequenzen ziehen.

Von Rainer Rupp

Die Entdeckung des "inoffiziellen" – also illegalen – Gefängnisse im Keller eines privaten Hauses in der Sonjatschnaja-Straße 7a in Petropawlowskaja Borschtschagowka am 2. November ist dank der viralen Internet-Verbreitung von Bildern und Videos über die stundenlangen Demonstrationen empörter Bürger vor dem von Asow-Nazis betrieben Folterkeller in der ganzen Ukraine bekannt. *RT DE* hat bereits in mehreren Beiträgen zeitnah und ausführlich berichtet, im Gegensatz zu den westlichen "Qualitätsmedien".

Der Protest eskalierte schließlich, und Augenzeugen berichteten von Schüssen. Ukrainische Medien wie die Nachrichtenagentur *UNIAN* verbreiten Videomaterial vom Ort des Geschehens, auf dem auch Schüsse zu hören sind. Erst nach erheblichem öffentlichem Aufsehen durfte schließlich ein Rettungswagen vier männliche Personen mit schweren Misshandlungsspuren abholen, darunter auch ein 14-jähriger, total traumatisierter Junge, davon war eine Person in einem kritischen Zustand.

Die als verlässlich geltende *Strana.ua* hatte als eines der ersten ukrainischen Medien über die Entdeckung des Folterkellers berichtet. Unter dem Druck breiter Kreise der ukrainischen Öffentlichkeit wurden Existenz und Entdeckung dieses illegalen Gefängnisses ungewohnt schnell von zwei hohen Persönlichkeiten der Regimes bestätigt, nämlich von

●Kirill Budanow, Leiter von Selenskijs Präsidialamt und frühere Chef des faschistischen Inlandsgeheimdienstes des herrschenden Regimes, und
● vom Chef der Betreiber des illegalen Gefängnisses, Brigadegeneral Denis Prokopenko, Kommandeur der Spezialbrigade Asow der Nationalgarde der Ukraine.

Beide hatten sich vor Ort in das Dorf begeben und zu der Menge gesprochen. Dabei ist Budanow, der als Geheimdienstler öffentliche Ansprachen nicht gewohnt ist, wahrscheinlich ungewollt aus dem Mund gerutscht, dass dieses inoffizielle Gefängnis doch "nichts Besonderes" sei, schließlich gebe es die überall im Land verstreut. Wenn er damit die Menschen beschwichtigen wollte, war das sicherlich die falsche Taktik.

Der Ober-Nazi Prokopenko versuchte gar nicht erst zu erklären, warum Asow in eigener Regie geheime Gefängnisse unterhält, sondern beschuldigte die Demonstranten, russischer Desinformation aufzusitzen und die aufrechten und heldenhaften Asow-Soldaten bei ihrem Kampf gegen die Ungeheuer aus dem Osten zu behindern und zu verunglimpfen.

Allerdings sind illegale, rechtsfreie Geheimgefängnisse, z. B. betrieben vom mächtigsten und gefährlichsten Geheimdienst der westlichen Welt, keine Neuigkeit. Diese verbrecherische Methode inoffizieller Gefängnisse in privaten Häusern, die zu Folterverhören genutzt werden, war ursprünglich von der CIA nach 9/11 als Teil des US-"Krieges gegen den Terror" eingeführt worden. Auch in vielen Ländern Europas, und dort besonders in Osteuropa, hatte die Agency ein regelrechtes Netzwerk sogenannter "Dark Sites" eingerichtet. Das waren – wie jetzt im Dorf Petropawlowskaja Borschtschagowka bei Kiew entdeckt – inoffizielle Gefängnisse in Kellern harmlos aussehender Privathäuser. Diese "Dark Sites" existierten offiziell nicht; sie waren nirgendwo in Akten registriert. Dort konnten verdächtige Gefangene gefoltert, ausgelöscht und spurlos entsorgt werden, ohne dass sie je die Chance gehabt hätten, einen Verwandten zu benachrichtigen oder einen Rechtsanwalt zu sehen.

Die Ähnlichkeit zwischen den "Dark Sites" der CIA und den geheimen Foltergefängnissen der ukrainischen Sicherheitskräfte ist nicht zufällig. Denn seit dem gewaltsamen Umsturz der demokratisch gewählten Regierung in Kiew im Jahr 2014, der von der CIA und anderen US-Diensten mit fünf Milliarden US-Dollar vorbereitet worden war (laut Aussage der US-Außenpolitikerin Victoria Nuland), ist die Ukraine die große Spielwiese der CIA geworden.

Das Hauptanliegen der Agency war dabei, die in der "neuen Ukraine" dominierenden Nazi-Milizen vom Typ Asow zu schlagkräftigen Einheiten mit Polizeibefugnissen umzuwandeln. Das – so das Kalkül der CIA – würde diesen dann erlauben, die innenpolitischen Gegner der regierungsoffiziellen Anti-Terror-Operation gegen den Donbass und die Anti-Russland-Politik der Regierung in Kiew auszuschalten. Berichten zufolge ist die Zusammenarbeit der CIA mit dem ukrainischen Geheimdienst nach wie vor besonders eng.

Da die CIA zugleich auf eine lange Tradition der engen Zusammenarbeit mit Nazis und faschistischen Terrorgruppen rund um die Welt zurückblicken kann, ist es nicht verwunderlich, wenn die Agenten der Agency besonders eine moralische Bedenken haben, eng mit ukrainischen Nazi-Gruppen zusammenarbeiten, vor allem mit deren Flaggschiff Asow.

Denn Asow hat sich unter US-Betreuung zu genau dem entwickelt, was die CIA mit der berüchtigten Truppe von Anfang an vorhatte: Innerhalb der Nationalgarde ist das Asow-Korps für Spezialaufgaben mit schweren Waffen militärisch ausgerüstet und steht theoretisch auch für Fronteinsätze zur Verfügung, aber die eigentliche Funktion der der Gestapo ähnlichen ukrainischen Nazi-Truppe sind Polizeieinsätze, die sich gegen den "inneren Feind" richten, sowohl in der Armee als auch im zivilen Leben.

Allerdings ziehen es die im westlichen Ausland gefeierten Asow-Helden vor, direkten Frontkontakt mit den von ihnen gehassten Russen zu meiden. In dem Zeitfenster, in dem General Alexander Syrski noch Oberkommandierender der gesamten ukrainischen Streitkräfte war, erging ein dringender Einsatzbefehl an das Asow-Korps für die Front, um die dort kämpfenden Soldaten gegen einen russischen Durchbruch zu verstärken. Der Kommandeur des Asow-Korps verweigerte den Einsatzbefehl und bekam dabei Unterstützung von seinem Chef, dem Kommandeur der Nationalgarde.

Für Asow gab es keine Zurechtweisungen und schon gar keine Bestrafungen. Denn für die Nomenklatura des korrupten Selenskij-Regimes ist das in der Nazi-Ideologie und im Russenhass gefestigte Asow-Korps eine verlässliche und starke Lebensversicherung im Fall innerer Unruhen. Eine solche Truppe verschwendet man nicht als Kanonenfutter an der Front. Deshalb genießt das Asow-Korps auch gegenüber der Justiz, zivil oder militärisch, eine Art Narrenfreiheit, wobei auch nicht davor zurückgeschreckt wird, uneinsichtigen Beamten einen Hausbesuch abzustatten. Daher ist schon jetzt absehbar, wie der Fall des geheimen Gefängnisses bzw. die vorübergehende Unterbringung von Soldaten in einen anderen Frontabschnitt im bürokratischen Sand versichern wird.

Gefährlicher für Asow und das Selenskij-Regime, das diese Nazis

verwöhnt, könnte die Reaktion im Ausland, besonders in den USA, auf die systematischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Asow-Geheimgefängnisse sein. Denn wenn Asow systematische Menschenrechtsverbrechen nachgewiesen werden, dann müsste die 2024 vom US-Kongress aufgehobene Sanktion wieder in Kraft treten, die die Weitergabe von US-Waffen an und deren Nutzung durch Asow verbietet. Das könnte Trump und seinem Vize J. D. Vance ein Instrument an die Hand geben, weitere, vom Kongress und der EU gepuschte US-Waffenhilfen an die Ukraine zumindest bis zur Klärung der Asow-Verbrechen in den Geheimgefängnissen zu verzögern, was Monate, wenn nicht Jahre dauern könnte.

Über das, was so in der ukrainischen Folterkellen passiert, hat uns Artjom Dmitruk berichtet, ein ehemaliger ukrainischer Parlamentsabgeordneter, der das Land inzwischen verlassen hat. Dmitruk wörtlich:
"Die Menschen (Deserteure, Drückeberger und Andersdenkende) werden entführt und dann gefoltert. Die einen werden als Kanonenfutter an Militäreinheiten verkauft, die anderen können von Verwandten freigekauft werden. Wer etwas schwächer ist, stirbt einfach an der Folter und an den Lebensbedingungen dort. Und so arbeitet heute das gesamte System der 'Mobilmachung'."

Er fügte hinzu, dass seinen Informationen zufolge in dem gerade entdeckten Keller im letzten Monat mehrere Menschen zu Tode geprügelt worden seien. Wer auf diese Weise ums Leben kommt, werde meist als "verschollen" gemeldet – und so sei die Vorgehensweise in etwa einhundert Folterkammern, die über die ganze Ukraine verstreut seien.

All diese Vorkommnisse haben offensichtlich für die westlichen Journalisten und Politiker keinen Nachrichtenwert, selbst nach deren offiziellen Bestätigung durch hochrangige ukrainische Regierungsvertreter. Jetzt würde ich Sie, werte Leser, gerne bitten, sich vorzustellen, so etwas wäre aus Russland berichtet worden. Die Politiker und Medien hätten sich überschlagen: tagelange Berichte und Wiederholung in jeder Nachrichtensendung 24/7, dazu Talkshows ohne Ende und Warnungen vor der Brutalität der Russen, die schon in ihrer asiatischen DNA liegt und die mit uns zivilisierten Deutschen nichts gemein haben.

Aber aus Sicht der deutschen Medien, die auf einem Auge blind

sind, handelt es sich im vorliegenden Fall auf der Täterseite nicht um sadistische Schweinehunde, Folterer und geldgierige Killer der Asow-Spezialbrigade, sondern um und Soldaten der bewunderten Asow-Eliteeinheit. Die unbeugsamen Kämpfer waren schon wiederholt in Deutschland und im kollektiven Westen auf Werbetouren unterwegs, wo sie als Helden und Russenkiller gefeiert wurden. Darüber haben westliche Journalisten gern und viel berichtet. Und deshalb passt die Nachricht über Asow-Geheimgefängnisse den westlichen Lügenmäulern so gar nicht ins eigene, sorgsam gepflegte Narrativ. Denn Nazi hin, Nazi her: Asow weiß, wie man mit den Russen und mit denen, die nicht gegen die Russen kämpfen wollen, umzugehen hat. Und darauf kommt es schließlich an!

Aus diesem Grund wird es auch in deutschen "Qualitätsmedien" keine "Verunglimpfung" der tapferen Asow-Soldaten geben. Und wenn doch Fragen aufkommen sollten, dann werden sie mit Gegenfragen ausgebremst, z. B.: War das nicht ein bedauerlicher Einzelfall? War das überhaupt ein Gefängnis? Oder war es einfach eine zum Schutz gegen russische Anschläge geheime Unterkunft von Soldaten während des Transfers zu einem anderen Frontabschnitt? Alles andere ist doch nur bösartige russische Desinformation.

Die einzige Person, die in der deutschen Politik das Thema aufgegriffen hat, ist die AfD-Kovorsitzende Dr. Alice Weidel. Auch der finnische Politiker Armando Mema von der nationalkonservativen Freiheitsallianz und der Anführer der französischen Partei "Die Patrioten" Florian Philippot haben ebenfalls öffentlich reagiert:
● Weidel etwa forderte eine Thematisierung der Foltergefängnisse in der Ukraine bei Selenskijs jüngstem Besuch in Berlin.
● Philippot rief dazu auf, weitere Hilfstranchen an Kiew einzustellen: "Und das hier bewaffnen und finanzieren wir?! Halt! Nicht ein Euro mehr, nicht eine Einheit französischer Rüstungsgüter mehr für die Ukraine!"
● Und der Finne Mema warf der EU-Führung vor, derartige Skandale vorsätzlich totzuschweigen und zu vertuschen, womit er den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

---

https://www.berliner-zeitung.de/article/washington-bricht-mit-kiew-was-trumps-verrat-fuer-europa-bedeutet-10546149?shem=aimgspe,

USA brechen mit der Ukraine: Das Ende einer transatlantischen Lebenslüge

Trump setzt auf knallharte Interessen statt Solidarität. Der Ukraine-Krieg entlarvt die Machtlosigkeit Europas und das Ende alter Bündnisse. Eine Kolumne.

Udo Norden

- - -

Berliner Zeitung 8.11.2026

USA brechen mit der Ukraine:
Das Ende einer transatlantischen Lebenslüge

Trump setzt auf knallharte Interessen statt Solidarität. Der Ukraine-Krieg entlarvt die Machtlosigkeit Europas und das Ende alter Bündnisse. Eine Kolumne.

Udo Norden

Ein schwerer Vorwurf steht im transatlantischen Raum, der des Verrats durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Einen „Verrat an der transatlantischen Wertegemeinschaft“ warf das „Handelsblatt“ am 12. Oktober dem US-Präsidenten wegen dessen Kritik an der ukrainischen Führung vor, der er vorwarf, sie wolle den Krieg nicht beenden.

Doch interessanter, als sich zu echauffieren, dass Trump die Ukraine „verraten“ habe, könnte es sein, sich zu fragen: Was verrät uns der „Verrat“? Dabei hilft ein Blick auf lange verdrängte Tatsachen: Die Ukraine kann den Krieg gegen Russland, das die wirtschaftlichen Ressourcen Chinas nutzen kann, nicht gewinnen.

Die ukrainische Armee wird in den russisch geprägten Städten des Donbass wie Donezk und Mariupol keineswegs ihr Siegesbanner hissen. Daher macht eine Fortsetzung des Krieges, der nur noch Zerstörung bringen kann, für das hoch verschuldete Amerika und seine Steuerzahler keinen Sinn. Dass der Krieg auch für immer mehr europäische Steuerzahler nicht sinnstiftend ist, lässt sich inzwischen an den Wahlergebnissen zwischen Marseille und Mecklenburg ablesen.

Die Grenzen des Durchhaltewillens

Mit Durchhalteparolen für die Ostfront wie denen von Bundeskanzler Friedrich Merz („Wanken wir, dann wankt auch Europa – und dann wankt auch die Ukraine") sind weder Kriege noch Wahlen zu gewinnen. Was die Fakten angeht, reicht ein Blick in die FAZ, deren Kiew-Korrespondent am 13. Oktober konstatierte: „Ohne Finanzhilfen ist die Ukraine nicht überlebensfähig" – zumindest nicht als hochgerüsteter Vorposten der vereinten geopolitischen Gegner Russlands. Denn was in der Ukraine pathetisch als Unabhängigkeitskampf gerühmt wird, ist bei buchhalterischer Betrachtung ein verzweifeltes Treiben von Schwerstabhängigen.

Wer aber abhängig ist, kann nur genesen, wenn er nach Nüchternheit strebt. Das Kriegspathos beider Seiten klingt längst hohl. Die Ukraine und Russland werden nach dem Ende des Waffenganges ein neues, pragmatisches Verhältnis zueinander suchen müssen, ähnlich wie Indien und Pakistan, nach Kriegen, die niemand gewinnen konnte.

Werte oder Interessen? Die Logik der Geopolitik

Eine Fortsetzung des Ukraine-Krieges und das Alimentieren des von korrupten Kostgängern durchsetzten Kiewer Machtsystems sind kein gutes Geschäftsmodell. Das scheint der zynische Businessmann Trump kühl kalkulierend eher begriffen zu haben als

manch Prediger einer „westlichen Wertegemeinschaft", welche sich derzeit wie eine Rauchwolke im kalten Herbstnebel auflöst. Denn diese vermeintliche „Wertegemeinschaft" war stets etwas für Sonntagsreden und Versammlungen transatlantischer Trommler wie der „Atlantikbrücke", aber nicht für die geopolitische Realität.

Kriege haben die USA nie für „Werte", sondern stets für Interessen geführt. In Vietnam Kinder mit Napalm zu übergießen, entsprach keinem Wertekanon, sondern dem Versuch, den Einfluss der Sowjetunion und Chinas mit aller Gewalt einzudämmen.

Auch das Bombardieren afghanischer Hochzeitsgesellschaften und armer Dörfler durch Nato-Flieger diente nicht dem Export liberaler Verfassungsideen. Es ging um Geopolitik und auch darum, China militärisch einzukreisen. Dieser Versuch ist gescheitert. Daher ist es nur logisch, dass jetzt der chinesische, der amerikanische und der russische Präsident für Mitte November ein Dreiertreffen planen, ohne dabei Sehnsucht nach der Teilnahme europäischer Politiker zu verspüren.

Europas schwindender Einfluss

Die wesentlichen Staaten der europäischen Ukraine-Unterstützer, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, werden von Politikern geführt, die ihr Amt wohl verlieren würden, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde. Diesen Akteuren fehlt nicht nur ein realistisches Konzept zur Beendigung des Krieges. Es mangelt ihnen auch an einem historisch begründeten Vorstellungsvermögen dafür, dass der von ihnen subventionierte Wolodymyr Selenskyj nicht als Sieger in die Geschichte eingehen wird, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach als ein Gescheiterter im Exil.

---

https://mailchi.mp/russische-botschaft/newsletter-der-russischen-botschaft-11051685?e=34bdcd87f0

Aus den Antworten des russischen Außenministers Sergej

Lawrow auf Fragen der Medien
im Anschluss an das Treffen der Außenminister der G20
(Atlanta, 30. Oktober 2026):

Die Amerikaner halten sich an die Regeln der klassischen Diplomatie, ganz gleich, welche Probleme es in den Beziehungen gibt. Zwischen Russland und den USA hat es immer Probleme gegeben, und es wird sie auch künftig geben. Wie US-Außenminister Marco Rubio bei unserem ersten Treffen im Februar 2025 in Riad selbst eingeräumt hat, werden unsere nationalen Interessen – die der USA und Russlands – in den allermeisten Fällen nicht übereinstimmen.

Wenn diese Interessen jedoch übereinstimmen, wäre es töricht und falsch, diese Übereinstimmung nicht in die Umsetzung gemeinsamer, für beide Seiten vorteilhafter Projekte zu überführen. Und wenn die Interessen Russlands und der USA nicht übereinstimmen, wäre es ein Verbrechen, zuzulassen, dass sich diese Differenzen zu einer heißen Konfrontation oder überhaupt zu irgendeiner Form der Konfrontation auswachsen. Deshalb können die Bereitschaft und das Interesse der Amerikaner an einem Dialog auf den unterschiedlichsten Ebenen – einschließlich der Präsidenten, der Außenminister und über eine Reihe weiterer Kanäle – bei allen bestehenden Meinungsverschiedenheiten selbstverständlich nur begrüßt werden.

Das ist eine gute Lehre für unsere europäischen Kollegen, die nach wie vor an einer arroganten Boykotthaltung festhalten. Der deutsche Außenminister Johann Wadephul, der mich vor einem Monat in New York um ein Treffen gebeten hatte, veröffentlichte gestern oder heute Vormittag eine Erklärung, wonach er Sergej Lawrow seine Meinung zum „Angriffskrieg" deutlich sagen und sich keinesfalls mit ihm fotografieren lassen werde.
Ich nenne das „Familienfoto-Diplomatie". Wenn es für jemanden darauf ankommt, wie man auf dem „Familienfoto" aussieht und wer daneben steht, dann ist damit alles gesagt.

Unsere Position zur Beilegung des Ukraine-Konflikts ist seit Beginn der militärischen Sonderoperation unverändert geblieben. Für uns ist es inakzeptabel, dass die Ukraine eine militärische Bedrohung für die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation darstellt. Genau darin bestand der Plan der westlichen Staaten: die

Ukraine zu einer dauerhaften Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes zu machen. Ebenso wenig können wir uns mit der beispiellosen Diskriminierung von der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine abfinden. Es ist das einzige Land der Welt, in dem eine ganze Sprache durch eine ganze Reihe von Gesetzen verboten ist. Und selbstverständlich können wir keine Situation akzeptieren, in der in der Ukraine Nazi-Ideologie und entsprechende Praktiken offen gefördert werden. Diese Ziele bleiben unverändert.

Wir schätzen die Haltung der Administration von US-Präsident Donald Trump. Die USA bleiben das erste und einzige westliche Land, das die Ursachen für den Beginn der militärischen Sonderoperation versteht und davon ausgeht, dass diese bei der Beilegung der Ukraine-Krise ebenso berücksichtigt werden müssen wie die tatsächliche Lage vor Ort.

Vor mehr als einem Jahr, im August 2025, haben wir mit den Amerikanern auf dem Gipfeltreffen in Anchorage Vereinbarungen erzielt. Leider ist es der Administration von Präsident Donald Trump nicht gelungen, das Kiewer Regime davon zu überzeugen, die von ihr selbst ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen, die von der Russischen Föderation vollständig unterstützt wurden. Diese Initiative hat daher keine sichtbaren Ergebnisse gebracht. Die Gründe für diese Entwicklung liegen im empörenden Verhalten der europäischen Staaten, die unmittelbar damit begannen, Präsident Donald Trump davon zu überzeugen, von seiner eigenen Initiative abzurücken, obwohl diese von Russland vollständig unterstützt worden war.

Was die Gespräche in Abu Dhabi betrifft, kann ich sagen, dass sie stattfinden werden. Unsere Position ist wohlbekannt; womit die ukrainische Seite an den Verhandlungstisch kommen will, ist dagegen unklar. Wladimir Selenskij prahlt weiterhin damit, dass ihm immer größere Reichweiten bei Raketen zur Verfügung stünden, mit denen er das Territorium der Russischen Föderation angreifen werde, einschließlich Sibiriens und noch weiter entfernter Regionen. Eine solche Haltung wirkt sich nicht gerade positiv auf die Vorbereitung der Verhandlungen aus.

Sacharowa: Europäer haben am Verhandlungstisch nichts zu suchen

Kurz vor den Ukraine-Gesprächen in Abu Dhabi beginnt die sogenannte Koalition der Willigen ihr Manöver in Polen, stellt Maria Sacharowa fest. Es sei klar, dass der Westen weiterhin auf Eskalation setze. Dies bestätige einmal mehr, dass Europa beim Treffen fehl am Platz sei.

Russlands Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa hat sich auf die Medienanfrage zu der Militärübung geäußert, die die multinationale Truppe europäischer Unterstützerstaaten der Ukraine am kommenden Montag beginnen. Die entsprechende Stellungnahme wurde auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlicht.

Großbritannien und Frankreich führen das Manöver mit der Bezeichnung "Koalicja 2026" in Polen an, das darauf abzielt, die Entsendung ausländischer Truppenkontingente in die Ukraine nach Beendigung der Kampfhandlungen vorzubereiten.
Es sei völlig offensichtlich, dass der Westen nach wie vor nicht bereit sei, die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen, erklärte Sacharowa. Stattdessen trieben westliche Länder weiterhin die Eskalation voran, fügte sie hinzu.
Und weiter: *"London und Paris setzen darauf, durch die Stationierung 'multinationaler Kräfte' in der Ukraine einen Brückenkopf für die Konfrontation mit der Russischen Föderation sowie für die Herbeiführung einer militärischen Niederlage unseres Landes zu aufrechtzuerhalten."*

Am Manöver, das vom 9. bis 22. November stattfindet, sollen 2.800 Soldaten aus elf Ländern beteiligt sein, wie das britische Verteidigungsministerium mitteilte. Die Tatsache, dass diese Militärübung kurz vor dem Treffen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) beginnt, spreche für sich, betonte die russische Außenministeriumssprecherin. *"Dies bestätigt einmal mehr, dass die Europäer am Verhandlungstisch nichts zu suchen haben."*

Moskau bekräftige erneut, dass die Stationierung ausländischer Truppenkontingente in der Ukraine völlig inakzeptabel sei – weder im Rahmen einer sogenannten Koalition der Willigen noch unter der

Führung irgendeines anderen Zusammenschlusses. Falls es dazu käme, würde dies als eine militärische Intervention und eine bewusste Schaffung zusätzlicher Sicherheitsbedrohungen für Russland betrachtet, erklärte Sacharowa.

Jegliche militärischen Einheiten in der Ukraine würden von den Streitkräften der Russischen Föderation als legitime Ziele betrachtet, stellte sie zudem klar. Diejenigen, die "immer neue militärische Abenteuer gegen Russland anzetteln", sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Versuche, eine "strategische Niederlage" Russlands herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt seien.
"Alle Ziele und Aufgaben, die von der russischen Führung im Zusammenhang mit der militärischen Spezialoperation festgelegt wurden, werden erfüllt werden", erklärte die Diplomatin.

JB→KI fasst nachstehenden Text der Nachdenkseiten wie folgt zusammen:

Die kommenden Verhandlungen in der Ukraine unterscheiden sich dadurch, dass das Hauptthema eine europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Krieg ist, nicht die Ukraine selbst.

Hintergrund und Kontext der Verhandlungen

- Es wird erwartet, dass die Verhandlungen eine neue Sicherheitsordnung für Europa oder Eurasien schaffen.
- Russland sieht den Ukraine-Krieg als Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland.
- Bereits 2021 schlug Russland Verträge für Sicherheitsgarantien vor, die vom Westen abgelehnt wurden.
- Diese Vorschläge beinhalteten Bündniserweiterungskontrolle, Truppenrückzug, **atomwaffenfreies Europa,** beidseitige Sicherheitsmaßnahmen.
- Nach Ablehnung begann Russland Ende Februar 2022 militärisch mit der Durchsetzung seiner Interessen.

Aktuelle Verhandlungsangebote und Entwicklungen

- USA, Frankreich, Deutschland, UK, EU, NATO beraten über Sicherheitsgarantien und Wiederaufbauhilfe; Europäer erkennen die Bedeutung noch nicht.
- Brüsseler Treffen Ende Oktober scheiterten an unklarer Verhandlungsstrategie der EU, die vor allem Gelder für den Wiederaufbau fordert.
- US-Vertreter sprechen von einer Sicherheitsarchitektur, die auf gegenseitiger Verständigung basiert, inklusive Verzicht auf NATO-Beitrittsansprüche der Ukraine.
- Europäische Reaktionen sind alarmiert; sie fordern klare Mandate und eine einheitliche Haltung, um Einfluss zu gewinnen.
- Interne Konflikte in der EU zeigen sich durch Briefe wie von Meloni, welche Machtkämpfe und Unklarheiten offenlegen.

Politische Akteure und Positionen

- Trumps Sonderberater Witkoff und Kushner betonen Sicherheitsdialoge, Transparenz, Eskalationsvermeidung.
- Trump selbst kündigt einen „großen Deal" an, ohne die Ukraine direkt einzubeziehen.
- Russlands Sprecher Sacharowa kritisiert die westliche Eskalation und lehnt Europa an den Verhandlungstisch ab.
- NATO-Generalsekretär Rutte deutet territoriale Zugeständnisse als notwendig an, was früher unvorstellbar war.

EU-Politik und Herausforderungen

- EU bleibt gespalten: Einzelne Mitgliedsstaaten fordern Gespräche, kein kontrolliertes Mandat, Chaos in Verhandlungsführung.
- Die EU hat bisher keine klare Position oder Verhandlungsvertreter bestimmt.
- Es gibt zahlreiche konkurrierende Formate, die die europäische Einheit schwächen.
- EU-Initiativen sind oft nur Zeichen politischer Machtkämpfe und weniger tatsächliche Verhandlungsabsichten.

Fazit und Unsicherheiten

- Erfolg der Verhandlungen bleibt ungewiss; Interessen, Machtkämpfe und politische Spannungen erschweren Fortschritt.
- Öffentliche und politische Erwartungen sind durch Uneinigkeit und Unklarheiten geprägt.
- Die nächsten Entwicklungen hängen stark von den politischen Entscheidungen in Europa, den USA und Russland ab.

-- -- --

Kommt der Durchbruch?
Was die anstehenden Ukraine-Verhandlungen von den vorherigen Versuchen unterscheidet
7. November 2026
Hinweis am Ende: *„Sacharowa: Europäer haben am Verhandlungstisch nichts zu suchen*"
Die nächste Woche anstehenden trilaterale Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt von den vorherigen Verhandlungsversuchen. Ich habe schon vor Monaten geschrieben, und es in der aktuellen Tacheles-Sendung wiederholt: Wenn es irgendwann einmal tatsächlich ernsthafte Verhandlungen über den Ukraine-Krieg geben wird, dann wird das Hauptthema der Verhandlungen nicht die Ukraine sein. Das Hauptthema wird dann die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur mindestens für Europa, vielleicht sogar für den gesamten eurasischen Kontinent sein.
Der Grund liegt auf der Hand und jeder, der ein Minimum an geopolitischem Verständnis aufbringt, weiß es auch: In der Ukraine findet kein russisch-ukrainischer Krieg statt, in der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland statt. Daher kann der Konflikt nur beendet werden, wenn eine neue Sicherheitsordnung geschaffen wird, die verhindert, dass sich so etwas morgen woanders – beispielsweise in Moldawien, Georgien, Armenien etc., die Liste möglicher Länder ist lang – wiederholt.
Schon 2021, als sich die Eskalation in der Ukraine abzeichnete, deren Grund der damals geplante NATO-Beitritt der Ukraine war, wurde klar, dass die Lösung nur eine neue Sicherheitsordnung in Europa sein kann. Im Dezember 2021, zwei Monate vor der Eskalation vom Februar 2022, hat Russland der NATO und den USA

Vorschläge für Verträge für gegenseitige Sicherheitsgarantien geschickt – und diese auch sofort veröffentlicht, damit die ganze Welt Zeuge sein konnte, sollte der Westen diese Vorschläge, ohne auch nur darüber zu verhandeln, ablehnen, was die NATO und die USA sechs Wochen später auch getan haben.
Das war Russlands letzter Versuch, die Eskalation in der Ukraine noch zu verhindern.
Übrigens waren Russlands Vorschläge in meinen Augen sehr vernünftig. Sie sahen vor, dass keine Seite mehr ihre Bündnisse gegen die andere Seite erweitert, dass keine Manöver mehr nahe der Grenze des anderen abgehalten werden, dass Truppen von der gemeinsamen Grenze abgezogen werden, dass Europa atomwaffenfrei wird und noch einiges mehr. Und das alles nicht als russische Forderungen an den Westen, sondern alles auf Gegenseitigkeit.
Der Westen lehnte das bekanntlich zum Monatswechsel Januar/Februar 2022 ab, womit Experten nicht überrascht sein konnten, als Russland Ende Februar 2022 begann, seine Sicherheitsinteressen militärisch durchzusetzen, nachdem der Westen alle Gesprächsangebote Russlands zurückgewiesen hatte.
Nun, nachdem Russland den Krieg gewinnt, ist es daher klar, dass Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes nicht Russlands Kapitulation und auch nicht die Interessen der Ukraine zum Thema haben werden, sondern die Frage der europäischen Sicherheitsordnung nach dem Krieg.

Plötzlich geht es um die Sicherheitsarchitektur

Am Dienstag, dem 3. November, schrieb Trumps Sondergesandter Witkoff über die anstehenden Ukraine-Verhandlungen auf X: „Zudem werden amerikanische Unterhändler diese Woche in Brüssel mit Vertretern aus Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, der EU und der NATO zusammenkommen, um über Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die europäische Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit sowie wirtschaftliche Möglichkeiten zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine zu beraten."

Wie wichtig dieser Satz war, hatten vor allem die Europäer zu dem Zeitpunkt noch gar nicht erkannt, wie wir noch sehen werden. Aber dieser Satz war wichtig, denn wenn das in die Tat umgesetzt wird, kann zum ersten Mal die Rede davon sein, dass die Verhandlungen eine Chance auf Erfolg haben.

Die EU bleibt stur

Einen Tag später fand in Brüssel ein Treffen technischer Delegationen der EU-Kommission, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der Ukraine und der Weltbank statt, das im Hinblick auf eine mögliche Beilegung des Ukraine-Konflikts ohne Ergebnis endete. Dabei sei es um den „Wiederaufbau und die Entwicklung der Ukraine nach dem Krieg" gegangen. Die EU-Kommission erklärte weiter, sie habe „als größter Geldgeber der Ukraine" bereits „231,5 Milliarden Euro bereitgestellt", weshalb die EU eine Führungsrolle beim Wiederaufbau der Ukraine beansprucht. Die EU ging in ihrer Erklärung allerdings nicht darauf ein, wie die Ukraine den Übergang vom Zustand eines militärischen Konflikts in die Phase des „Wiederaufbaus" vollziehen soll. Angesichts der Formulierungen in der Erklärung der EU-Kommission ist daher davon auszugehen, dass die Kommission bei diesem Treffen versuchte, von den Partnern zusätzliche Gelder für die Ukraine für das Jahr 2027 zu bekommen, denn zusätzlich zu den Dutzenden Milliarden, die die EU nach Kiew pumpt, hat die Ukraine für 2027 einen Finanzbedarf von 70 Milliarden verkündet. Die EU-Kommission hatte bereits mitgeteilt, dass sie erwartet, dass die westlichen Partner 25 Milliarden davon beisteuern.

Mit anderen Worten: Die EU denkt über Frieden nicht einmal nach, sondern sie sucht verzweifelt Geld zur Fortsetzung des Krieges gegen Russland.

Trump lässt die Ukraine links liegen

In der Nacht auf Freitag, den 6. November, fand im Weißen Haus ein denkwürdiges Treffen statt. First Lady Melania Trump hatte die

Menschenrechtsbeauftragten aus Russland und der Ukraine eingeladen, um die erfolgreiche Evakuierungsaktion von Aleschki zu würdigen, die Melania Trump vermittelt und die die beiden Menschenrechtsbeauftragten gemeinsam organisiert hatten. Natürlich hatten beide auch hochrangige Regierungsvertreter ihrer Länder mitgebracht.
Aus Russland war Kirill Dmitrijew, Putins Beauftragter für Außenwirtschaftsfragen, dabei, der auch oft mit Witkoff und anderen Amerikanern über die Ukraine verhandelt. Aus der Ukraine war Selenskys Vertrauter David Arachamija angereist, der Fraktionsvorsitzende von Selenkys Partei im Parlament.
Trump erklärte später, er habe sich mit Dmitrijew getroffen und kündigte „einen großen Deal zur Ukraine" an, der auch Europa betreffen werde. Und Trump teilte auch mit, dass er zwar Dmitrijew empfangen und gesprochen habe, nicht aber den Ukrainer Arachamija.

Kushner lässt die Bombe platzen
Ebenfalls am 6. November veröffentlichte Trumps Schwiegersohn Kushner, der ebenfalls an den Verhandlungen teilnimmt, auf X eine lange Nachricht über die Verhandlungen, in der er unter anderem fünf Kernpunkte eines möglichen Abkommens zwischen Russland und den europäischen NATO-Staaten nennt:

„Ständige Konsultationen zu Sicherheitsfragen,

zuverlässige Kommunikationskanäle in Krisensituationen,

größere Transparenz im militärischen Bereich,

gegenseitige Maßnahmen zur Verringerung der Eskalationsrisiken

sowie eine nachhaltige Grundlage für langfristige Sicherheit und Stabilität in Europa."

Das hat zumindest eine gewisse Ähnlichkeit, wie die von Russland im Dezember 2021 vorgeschlagenen gegenseitigen Sicherheitsgarantien, auch wenn es nicht so umfassend ist, wie der russische Vorschlag seinerzeit. Allerdings schrieb Kushner auch:

„Jede Vereinbarung muss die Souveränität, die territoriale Integrität und die Entscheidungsfreiheit jeder Nation uneingeschränkt

respektieren. Jedes Land behält die Hoheit über seine eigene Sicherheit und seine Bündnisse, und kein Land hätte ein Vetorecht gegenüber den souveränen Entscheidungen eines anderen Landes.

Die NATO wird weiterhin eine zentrale Rolle bei der kollektiven Verteidigung Europas spielen, und diese Initiative würde auf bestehenden Institutionen und Verpflichtungen aufbauen."

Das klingt so, als wolle Kushner sich die Möglichkeit eines späteren NATO-Beitritts der Ukraine offenhalten, obwohl das für Russland inakzeptabel ist. Russland ist 2022 in der Ukraine militärisch aktiv geworden, um genau das zu verhindern, weshalb es unrealistisch ist, zu glauben, Russland werde dem nun zustimmen.

Die EU ist schockiert

Auch wenn dieser Teil von Kushners Tweet Musik in den Ohren der Europäer gewesen sein muss, überwog bei denen jedoch der Schock über den ersten Teil über die Sicherheitsarchitektur. Dass das ernst gemeint war, scheinen die Europäer erst nach Kushners langen Tweet verstanden zu haben, während sie es bei Witkoffs kurzem Tweet wohl noch übersehen hatten.

Dass die EU die ersten Andeutungen, die Witkoff am 3. November auf X veröffentlicht hat, nicht wirklich verstanden hat, zeigen auch die Medienberichte vom 6. November, also nach Kushners Tweet.

Die Financial Times titelte „Europa ist alarmiert über US-Pläne für Sicherheitsabkommen mit Russland" und teilte mit, die EU-Mitgliedstaaten seien dagegen, Friedensverhandlungen zur Ukraine zu nutzen, um über eine neue Sicherheitsarchitektur zu beraten.

„Entscheidungen in Fragen, die die Sicherheit der EU betreffen", müssten „von der EU selbst getroffen werden", zitiert die Zeitung einen ungenannten Vertreter der EU-Kommission.

Zuvor hatte schon EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas auf einer Pressekonferenz in Warschau versichert, dass Brüssel nicht beabsichtige, die Sicherheitsarchitektur in Europa mit Russland und den USA zu besprechen, denn Europa habe bereits eine Sicherheitsordnung, in der NATO und EU ihren Platz hätten. Die Ukraine müsse in diese Sicherheitsarchitektur integriert werden, so Kallas.

Politico berichtete unter der Überschrift „Trumps „großer, wunderschöner Plan für europäische Sicherheit überzeugt Europa nicht“ sehr detailliert und berief sich dabei auf 12 hochgestellte Beamte aus EU und NATO, die mitteilten, die Europäer seien von der Idee, die Ukraine- Verhandlungen mit dem Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur zu verbinden, vollkommen überrascht worden.

Laut Politico hat Björn Seibert, der Kabinettschef der EU-Kommissionspräsidentin, zu diesem Thema ein Briefing für EU-Botschafter abgehalten. Was genau dabei besprochen wurde, ist nicht bekannt. Im Anschluss an das Treffen bekräftigte jedoch einer der Teilnehmer gegenüber Politico die gemeinsame europäische Position, wonach über „die europäische Sicherheitsarchitektur weder während eines Krieges noch ohne die Beteiligung der Europäer“ gesprochen werden sollte.

Europäische Beamte befürchten zudem, dass die USA ihre neue Initiative mit der für Dezember geplanten Überprüfung der US-Truppenstärke in Europa verknüpfen könnten.

Bekommt die EU einen Platz am Tisch?
Bekanntlich will die EU schon lange einen Platz am Verhandlungstisch, jedoch wird sie bisher nicht eingeladen. Zwar waren Vertreter der Europäer dieses Mal dabei, als Witkoff vor einigen Wochen in Oslo mit Selensky über die anstehenden Verhandlungen mit Russland gesprochen hat, aber mehr auch nicht. Zu den Gesprächen am 10. und 11. November in Abu Dhabi sind sie wieder nicht eingeladen, aber immerhin schrieb Kushner in seinem Tweet auch:

„Wir werden uns eng mit unseren europäischen Partnern beraten und – sofern Fortschritte erzielt werden – darauf hinarbeiten, zu einem breiteren multilateralen Format unter deren direkter Beteiligung überzugehen.“

Der Haken ist natürlich die Formulierung „sofern Fortschritte erzielt werden“, denn bisher sind es vor allem die Europäer, die alle Fortschritte verhindern, weil sie gar nicht mit Russland verhandeln wollen, sondern immer noch davon träumen, Russland zur Kapitulation zwingen zu können. Im Grunde hat Kushner damit gesagt, dass die Europäer selbst entscheiden, ob und wann sie an

den Verhandlungstisch gelassen werden: Nämlich erst dann, wenn sie auch tatsächlich verhandeln wollen.
Jedoch herrscht in der EU Chaos. Das offizielle Brüssel lehnt Verhandlungen mit Russland rundweg ab, das gleiche gilt für viele EU-Staaten einschließlich Deutschland. Da die EU Verhandlungen ablehnt, hat sie es noch nicht einmal geschafft, neben der traumtänzerischen Forderung nach Russlands bedingungsloser Kapitulation eine halbwegs realistische eigene Verhandlungsposition zu definieren. Und die EU hat nicht entschieden, wer eigentlich im Namen der EU verhandeln darf.
Im Klartext stellt sich die Frage, warum die EU einen Platz am Verhandlungstisch fordert, wenn sie gar nicht entschieden hat, wer den Platz einnehmen soll und worüber er dabei verhandeln soll. Das zeigt, dass die Forderungen der EU nach einem Platz am Verhandlungstisch nichts weiter sind, als der Wunsch, die Verhandlungen zu sabotieren, weshalb man sich nicht wundern muss, dass die USA und Russland es nicht eilig haben, die EU zu den Verhandlungen einzuladen.
Dazu hat sich beim G20-Treffen kürzlich auch der russische Außenminister geäußert, der über den Wunsch der EU sagte:
„Die Europäer wollen sich in den Verhandlungsprozess drängen. Was zählt, ist nicht, was die Europäer wollen, sondern, welchen zusätzlichen Nutzen sie tatsächlich an den Tisch bringen."
Aber bisher ist nicht zu erkennen, welchen Nutzen die Europäer den Verhandlungen bringen können. Und das ist noch milde formuliert.

In der EU wächst die Nervosität

Trotz der offiziell harten Linie Brüssels wächst in der EU die Nervosität, wie ein Brief zeigt, den die italienische Ministerpräsidentin Meloni am 6. November an EU-Ratspräsident Costa geschrieben hat und den italienische Medien auf X veröffentlicht haben. Den Brief beginnt Meloni wie folgt:
„In Miami fand ein „informelles" Treffen zwischen den nationalen Sicherheitsberatern einiger europäischer Staaten, der Ukraine sowie Vertretern der NATO und der EU statt, was erst nachträglich durch US-Quellen bestätigt wurde. Dann trafen wir uns in Oslo. Wenige Tage später, in Helsinki, unterbrachen Präsident Stubb und Premierminister Støre während der Sitzung des Nordischen Rates den offiziellen Ablauf für ein Telefonat mit dem russischen Präsidenten Putin. Unmittelbar darauf wurde für den 19. November in Berlin ein Treffen der „Koalition der Willigen" einberufen, der 37 Staaten angehören. Doch bereits eine Woche zuvor, am 12.

November, am Rande des Treffens der Europäischen Politischen Gemeinschaft, werden wir zu einer Zusammenkunft im sogenannten „Berliner Format" geladen, dessen Zusammensetzung sich wiederum von allen anderen unterscheidet, die ich bereits erwähnt habe. Als wäre das noch nicht genug, erfahre ich, dass derzeit in Brüssel Gespräche auf technischer Ebene stattfinden und dass bei den in Abu Dhabi unter amerikanischer Vermittlung geplanten Verhandlungen zwischen Ukrainern und Russen eine nur vage definierte europäische Präsenz erwartet wird. Und in der Zwischenzeit werden wir uns bereits im Rahmen des informellen Europäischen Rates in Dublin getroffen haben."

Das zeigt das Chaos, das in der EU herrscht. Und es zeigt, dass offensichtlich viele in der EU verstanden haben, dass man mit Russland reden muss. Da die EU aber alles Initiativen in dieser Richtung verweigert, entstehen in Europa immer mehr miteinander konkurrierende Formate, die alle irgendwie in der Ukraine-Frage mitmischen wollen.

Meloni fordert in ihrem Brief an Costa daher, Europa müsse mit einer einzigen Stimme sprechen, und das lasse sich nicht länger aufschieben. Sie sei „nicht bereit, hinzunehmen, dass in Abwesenheit eines Mandats Verpflichtungen ausgehandelt werden, die auch unsere Nation später übernehmen muss". Daher fordere sie erneut, „dass ein für alle Male entschieden wird, wer im Namen der EU am Verhandlungstisch sitzt und mit welchem Mandat".

Es geht hier übrigens auch um Machtkämpfe innerhalb der EU, denn formal steht EU-Ratspräsident Costa höher als Kommissionschefin von der Leyen, die bekanntlich eine der aggressivsten Treiber der anti-russischen Politik ist. Dass Meloni den Brief an Costa geschrieben hat, dürfte also kein Zufall sein. Und dass Costa umgehend reagiert hat, auch nicht.

Noch am gleichen Abend dankte er Meloni, dass sie ihre Bedenken so klar dargelegt habe, und erklärte sich zum Handeln bereit. Er nehme ihre „Bitte zur Kenntnis, diese Angelegenheit auf der bevorstehenden informellen Tagung des Europäischen Rates in Dublin weiter zu erörtern", und werde Zeit für die Diskussion einplanen, hieß es in seiner Antwort.

Die erwähnte Sitzung des informellen Europäischen Rats findet am 13. November in Dublin statt. Die formelle Sitzung folgt am 17. und 18. Dezember in Brüssel. Selbst wenn die EU es nun schafft, bei diesen Treffen eine einheitliche – und vor allem konstruktive – Verhandlungsposition zu erarbeiten und sich auf einen

Verhandlungsführer zu einigen, wäre das eine Woche nach dem Treffen Russlands, der USA und der Ukraine in Abu Dhabi.

Dass man sich in Europa – und zwar sogar in der NATO – der Realität bewusst wird, zeigt übrigens eine Aussage von NATO-Generalsekretär Rutte, der am Donnerstagabend in einer niederländischen Talkshow sagte, dass die Ukraine bei einer Beilegung des Konflikts mit Russland territoriale Zugeständnisse machen müsse, denn „solche Kriege enden immer mit einem Friedensabkommen, und das ist oft ein Kompromiss".
Solche Töne waren vor kurzem noch undenkbar – erst recht vom NATO-Chef. Mal sehen, wann diese Erkenntnis auch bei den Chefs der EU ankommt.

Das große „Aber"...
Natürlich weiß niemand, ob die nächste Woche anstehenden Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine erfolgreich sein werden. Und es weiß niemand, ob die Trump-Regierung die Europäer in diesem Falle zur Vernunft bringen kann. Aber es gibt noch eine andere Unbekannte: Trump hat die Zwischenwahlen verloren und Anfang Januar wird er gegen eine demokratische Mehrheit im Parlament regieren müssen, daher ist vollkommen offen, ob die Demokraten nicht alles tun werden, um eine friedliche Einigung zu torpedieren. Es ist also keineswegs sicher, ob die USA am Ende zu einer von Trump ausgehandelten Lösung stehen werden.
-- -- --

Sacharowa:
Europäer haben am Verhandlungstisch nichts zu suchen
7. November 2026
Kurz vor den Ukraine-Gesprächen in Abu Dhabi beginnt die sogenannte Koalition der Willigen ihr Manöver in Polen, stellt Maria Sacharowa fest. Es sei klar, dass der Westen weiterhin auf Eskalation setze. Dies bestätige einmal mehr, dass Europa beim Treffen fehl am Platz sei.
Russlands Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa hat sich auf die Medienanfrage zu der Militärübung geäußert, die die multinationale Truppe europäischer Unterstützerstaaten der Ukraine am kommenden Montag beginnen. Die entsprechende Stellungnahme wurde auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlicht.

Großbritannien und Frankreich führen das Manöver mit der Bezeichnung "Koalicja 2026" in Polen an, das darauf abzielt, die Entsendung ausländischer Truppenkontingente in die Ukraine nach Beendigung der Kampfhandlungen vorzubereiten.
Es sei völlig offensichtlich, dass der Westen nach wie vor nicht bereit sei, die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen, erklärte Sacharowa. Stattdessen trieben westliche Länder weiterhin die Eskalation voran, fügte sie hinzu.
Und weiter:
"London und Paris setzen darauf, durch die Stationierung 'multinationaler Kräfte' in der Ukraine einen Brückenkopf für die Konfrontation mit der Russischen Föderation sowie für die Herbeiführung einer militärischen Niederlage unseres Landes zu aufrechtzuerhalten."

Am Manöver, das vom 9. bis 22. November stattfindet, sollen 2.800 Soldaten aus elf Ländern beteiligt sein, wie das britische Verteidigungsministerium mitteilte.
Die Tatsache, dass diese Militärübung kurz vor dem Treffen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) beginnt, spreche für sich, betonte die russische Außenministeriumssprecherin.
"Dies bestätigt einmal mehr, dass die Europäer am Verhandlungstisch nichts zu suchen haben."

Moskau bekräftige erneut, dass die Stationierung ausländischer Truppenkontingente in der Ukraine völlig inakzeptabel sei – weder im Rahmen einer sogenannten Koalition der Willigen noch unter der Führung irgendeines anderen Zusammenschlusses. Falls es dazu käme, würde dies als eine militärische Intervention und eine bewusste Schaffung zusätzlicher Sicherheitsbedrohungen für Russland betrachtet, erklärte Sacharowa.
Jegliche militärischen Einheiten in der Ukraine würden von den Streitkräften der Russischen Föderation als legitime Ziele betrachtet, stellte sie zudem klar.
Diejenigen, die "immer neue militärische Abenteuer gegen Russland anzetteln", sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Versuche, eine "strategische Niederlage" Russlands herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt seien.
"Alle Ziele und Aufgaben, die von der russischen Führung im Zusammenhang mit der militärischen Spezialoperation festgelegt wurden, werden erfüllt werden", erklärte die Diplomatin

---

Russophobie 8 11 26

Charkow, eine Nachricht im Chat der Eltern von Schülern einer Schule, verfasst vom Direktor:
Lehrer werden Schüler, deren Profile in sozialen Netzwerken russischsprachig sind, von den Online-Unterrichtsstunden ausschließen.

In Lemberg wurden Verräter der Ukraine belauscht, die zu Hause russische Lieder hörten.

Sozialpolitisches 7 11 26

Ungefähr 250.000 Menschen haben am 7. November an Demonstrationen in ganz Frankreich teilgenommen, wie Figaro unter Berufung auf Daten der Jugendgewerkschaften berichtet. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, und es gibt Verletzte, berichtet ein RIA Nowosti-Korrespondent.

JB→Streik in Neckarsulm – siehe mp4 Nr. 32

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
29. Jahrgang, Nr. 343 November 2026

RotFuchs
Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke

In zahlreichen Ländern der EU protestierten am 18. Oktober vor allem junge Menschen
gegen ihre Lage. Allein in Frankreich demonstrierten nach Angaben der Gewerkschaft CGT mehr als 800 000 Menschen gegen hohe Energie-und Lebensmittelpreise. In Lissabon gingen mehrere Zehntausend gegen Mietwucher auf die Straße. In belgischen Städten wandten sich Schüler und Studenten gegen die Bildungsmisere. In Italien richteten sich die Proteste in mehreren Großstädten gegen die Bildungs- und Rüstungspolitik der auch von Faschisten getragenen Regierung von Giorgia Meloni. Um bessere Bildungsbedingungen und lähmende Korruption im Staat ging es bei den anhaltenden Studentenprotesten in Albaniens Hauptstadt Tirana. Fast überall schritt die Polizei mit brutaler Gewalt ein.
In Frankreich kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen – Brandstiftungen, Plünderungen und Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Revolten sind keine Revolutionen. Sie bringen Unmut über konkrete Mißstände zum Ausdruck, richten sich aber

nicht gegen die Eigentums- und Machtverhältnisse. Rechte Demagogen kochen auf ihnen ihr Süppchen und möchten weismachen: Hinter Gewalt stecken immer Migranten. Alice „Hitler war Kommunist“ Weidel drehte ihre Gebetsmühle: Die „Ausschreitungen“ seien ein „Angriff migrantischer Mobs und linksextremer Einpeitscher auf die westliche Zivilisation“, ihre Ursache: „offene Grenzen und Massenmigration“. Donald Trump steuerte ähnliches bei.

Das Aufbegehren in Frankreich war aber nicht auf diesen Tag beschränkt, sondern ist von Dauer. Seit dem 17. September blockierten Schüler und Studenten landesweit den Zugang zu vielen Bildungseinrichtungen. Sie fordern mehr Lehrer, kleinere Klassen, kürzere Schultage und eine bessere Ausstattung der Schulen. Der lange Atem besagt: Ihre Wut hat tiefliegende Ursachen. Diese Jugend sieht keine Zukunft für sich – außer der Perspektive Kanonenfutter.

Zu landesweiter Meuterei kommt es in Deutschland noch nicht, aber auch hier sind die ein Jahr andauernden Schülerproteste gegen die Wehrpflicht etwas Neues. Die Schulstreiks mobilisieren jeweils an die 50 000 Jugendliche, zuletzt am 25. September – eine von den Bürgermedien weitgehend ignorierte Bewegung. Sie erinnert an Lenins Äußerung über revoltierende Studenten als den „am feinsten reagierenden Teil der Intelligenz“.

Wut und Zorn breiter Bevölkerungsschichten über die herrschende Politik, insbesondere Kriegstreiberei und Kürzungen bei Sozial- und medizinischen Leistungen, drücken sich in der Bundesrepublik gegenwärtig vor allem in der Zustimmung zur AfD aus. Diese Partei, in der Faschisten und NATO-Generäle gern gesehen sind, gibt sich als Friedens- und Arbeiterpartei. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. September erreichte sie fast die absolute Mehrheit der Mandate, bundesweit liegt sie in Umfragen mit 30 Prozent etwa zehn Punkte vor CDU und CSU.

Im Magdeburger Landtag führten AfD und CDU bereits vor, daß sie einen gemeinsamen Weg nach dem Vorbild und den Vorgaben Donald Trumps einschlagen: Der Landtagspräsident und einer seiner Stellvertreter, beide aus der AfD, wurden mit CDU-Stimmen gewählt. Die BSW-Fraktion verweigerte letzterem ihre Stimmen, wegen seiner Unterstützung für eine israelische Waffenfabrik in

Sangerhausen sowie seines Plädoyers für deutsche Waffenexporte in die ganze Welt.

Die BSW-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen warnte, ein Kuschelkurs" des BSW mit der AfD stärke allein „die transatlantische Rechte" aus AfD und CDU. Das gefährde die politische Existenz des BSW. Der gemeinsame Antrag, den AfD und BSW am 14. Oktober unter dem Titel „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine" im Landesparlament durchsetzten, bestätigt das. Eine Verurteilung US-amerikanischer und israelischer Kriege findet sich darin nicht. Gegen Israels Völkermord in Gaza oder Trumps und Netanjahus Angriffskrieg gegen den Iran haben deren AfD-Fans nichts.

Die länderübergreifende Jugendrevolte vom 18. Oktober und die lebendigen Schulstreiks gegen Wehrpflicht in Deutschland sind Anzeichen dafür, daß viele junge Leute spüren, was auf sie zukommen soll:
Trump möchte in wichtigen Ländern Westeuropas eine Rechte im Schlepptau der USA nach dem Modell Italien an der Regierung sehen. Auch in Magdeburg waren seine Berater bereits. Aufrüstung und Krieg, wenn er möglich ist, gehören dazu. Wir werden im „RotFuchs" mithelfen, darüber Klarheit zu schaffen.
Arnold Schölzel

JB→aus Rotfuchs 11 2026

Kanonen statt Butter, private Profite statt sozialer Absicherung:
Der Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht

Merz: „Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar."
Falsch, Herr Merz! Die Steuereinnahmen waren 2025 mit fast einer Billion Euro so hoch wie noch nie. Die Knappheit hat einen einfachen Grund: Es wird seit Jahren im großen Stil Geld verschwendet! Und damit das so weitergehen kann, werden herbe Sozialkürzungen ins Auge gefaßt.

1. Geldverschwendung
Ruhegeldschätzung für Politiker: Bundeskanzler, Bundespräsidenten u. Minister a. D. (ca. 150 Personen) inkl. Fahrer und Büroinfrastruktur: ca. **100 Millionen pro Jahr.** Dazu Bundestagsabgeordnete a. D. (ca. 950 Personen): jährlich inkl. Überbrückungsgeld geschätzt über **55 Millionen Euro pro Jahr.**

Für das Programm „Demokratie leben!" zur Meinungslenkung gibt der Bund **im Jahr bis zu 200 Millionen Euro** aus. Größere Mittel fließen dezentral im Verborgenen.
Der Deutsche Bundestag verursacht im Jahr Kosten von rund **1,3 Mrd. Euro** (Bezüge der Abgeordneten, der Apparat der Bundestagsverwaltung, die Mitarbeiter der Parlamentarier, Fraktionsfinanzierung sowie Liegenschaften und Sachmittel).
Das Bundeskanzleramt wird umgebaut.
Die Kosten bewegen sich auf die Marke von **einer Milliarde Euro** zu. Auch der Sitz des Bundespräsidenten, das Schloß Bellevue, wird renoviert: Die Gesamtkosten Anforderungen treffen unmittelbar auf zivile Einrichtungen. Die Bundeswehr verfügt über eigene Sanitätseinrichtungen, die aber z.B. die erwartete Verwundetenversorgung nur für einen Tag bewältigen könnten. Die Länder haben dabei zentrale Aufgaben;
Krankenhausträger wirken an Planung und Bedarfsermittlung mit und werden zur Aufstellung von Einsatz- und Alarmplänen verpflichtet werden. Die Übungen des Jahres 2026 zeigen, daß derzeit die medizinische Kette praktisch erprobt wird. Sowohl bei der Übung „Red Storm Charlie 2026" in Hamburg zur praktischen Erprobung zivil-militärischer Abläufe in einer Großstadt (24. bis 26. September 2026), insbesondere aber bei den Übungen „Medic Quadriga", wurde die praktische Umsetzung der Militarisierung summieren sich inklusive eines Übergangs-Neubaus gleichfalls auf **eine Milliarde Euro**. Der Flughafen BER soll für ca. **2,5 Milliarden Euro** zum Regierungsflughafen umgebaut werden.
Gesundheitsminister Spahn kaufte Corona-Schutzmasken für etwa 5,9 Mrd. Euro. Über die Hälfte davon blieb ungenutzt und mußte vernichtet werden. **Verlust: 3 Mrd. Euro.**
Der Bundesrechnungshof rügt allein fürdas Jahr 2025 Fehlinvestitionen und Fehlentscheidungen von etwa **4 Mrd**.
Rund **6 Milliarden Euro** von Zahlungen der EU-Kommission wurden vom Europäischen Rechnungshof als „rechtswidrig" eingestuft. Ineffizienz, Intransparenz, Korruption?

Deutschland als größter Geldgeber ist jedenfalls unmittelbar betroffen.
Für das Bürgergeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wendet der Bund **jährlich bis zu 50 Milliarden Euro** auf. Es wird kritisiert, daß zu viele Empfänger trotz Arbeitsfähigkeit dauerhaft im System verbleiben und die Mitwirkungspflichten der Jobcenter nicht konsequent genug erfüllt werden.
Der aktuelle Schuldenstand der EU-Kommission steuert zügig auf eine Billion Euro zu. Pro Jahr ergibt sich daraus bei einem Zinssatz von 3,5 %, wie er derzeit üblich ist, eine Zinsbelastung von 35 Mrd. Euro. Da der Schuldenstand momentan noch nicht ganz so hoch ist, schätzen wir die Gesamtbelastung bis 2030 vorsichtig auf **100 Milliarden Euro**.
Deutschland muß als Hauptgeldgeber der EU den höchsten Anteil tragen.
des Gesundheitswesens geübt. Medic Quadriga 2026 im März 2026 war mit über 1000 Soldaten und 250 zivilen Teilnehmern die bisher größte und komplexeste Übung des Sanitätsdienstes. An der CIMIC Quadriga 2026 (vom 14. bis 26. Juni 2026) nahmen Streitkräfte aus 28 NATO-Staaten teil und übten gemeinsam mit Polizei, Feuerwehr, THW, DRK, Kommunen, Kliniken, privaten Unternehmen, Energieunternehmen, Flughafen Hannover und regionalen Verkehrsbetrieben die schnelle Verlegung sanitätsdienstlicher Kräfte an die NATO-Ostflanke (Litauen) sowie die Verlegung Verwundeter aus dem Baltikum nach Deutschland.
Die Kriegsvorbereitung wird zur alles beherrschenden Infrastrukturaufgabe.
Dr. Ralf Hohmann
Die Kosten durch die Erzeugung von alternativer Energie (Windkraft, Photovoltaik, Biogas, Wasserkraft etc.) belaufen sich für Ausgaben im Rahmen des EEG-Gesetzes für die Jahre 2022 bis 2030 auf **mindestens 150 Mrd. Euro**. Die Kosten wurden wegen wechselnder Gesetzeslage teils direkt von den Stromkunden, teils vom Klima- und Transformationsfonds über CO2-Abgaben,

teils aus dem Bundeshaushalt getragen.
Dazu kommen im gleichen Zeitraum Kosten
für Netzengpassmanagement in Höhe von
ca. 30 Mrd. Euro. Das ergibt eine Gesamtsumme
nicht weit von 200 Milliarden Euro.
Die Ausgaben des Bundes für Flucht und
Migration belaufen sich nach neuesten Berichten
der WELT im Zeitraum von 2016 bis
2025 auf **rund 400 Mrd. Euro**.
Hinzu kommen Ausgaben der Bundesländer
und Kommunen (etwa für Bildung und Unterbringung),
das bedeutet, daß sich die Gesamtkosten
für den Zeitraum seit 2022 auf
etwa **200 Milliarden Euro** schätzen lassen.
Schuldendienst: Bund, Länder und Gemeinden
zusammen steuern auf jährliche
Zinskosten auf von 120 bis 150 Mrd. Euro
zu. Die Zinskosten rechnen sich, vorsichtig
geschätzt, von 2022 bis 2030 auf **500 Mrd.
Euro** zusammen. Bei einem weiteren Anstieg
in dieser Höhe könnten die jährlichen
Zinszahlungen im Jahr 2050 ein Viertel aller
Steuereinnahmen ausmachen. Ein primärer
Grund ist die massive Erhöhung der
Verteidigungsausgaben.
Ausgaben für Verteidigung: Deutsche Hilfe
für die Ukraine: Bisher **ca. 100 Mrd.** Sonstige
Verteidigungsausgaben ab 2022: **über
350 Mrd**. Geplante Verteidigungsausgaben
neun Jahre: **Über eine Billion Euro!** Kanonen
statt Butter. Merke: Das „Sondervermögen"
kommt noch oben drauf!
Coronahilfen: Bund, Länder, Kommunen
und Sozialversicherungen luden sich durch
Beihilfen und Steuerausfälle eine Finanzlast
von **bis zu 1,5 Billionen Euro** auf, von
denen bestenfalls ein Bruchteil durch Rückzahlungen
– und auf die Gefahr von Firmenpleiten
– wieder hereinzuholen ist.
Viele dieser Ausgabeposten könnte
man ersatzlos streichen, andere erscheinen
grotesk überzogen. **Alles**

in allem wurde eine Summe von mindestens 3 Billionen Euro sinnlos verpulvert! Die Corona-Hilfen, der Schuldendienst und der Verteidigungsaufwand – diese drei Posten kommen schon alleine so weit. Was könnte man damit nicht alles anfangen. Wenn dieses Geld sinnvoll investiert würde, wäre Deutschland ein soziales Paradies und Weltmeister in Sachen Infrastruktur. Statt dessen fahren sie große Teile des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrssystems auf Verschleiß und wollen uns die Sozialmaßnahmen so brutal zusammenkürzen, daß viele Menschen ins Elend abgleiten!
Das auf diese Weise verpraßte und den Bürgern entzogene Geld ist aber nicht verschwunden, ganz im Gegenteil. Es hat nur den Besitzer gewechselt und befindet sich jetzt zum größten Teil auf den Konten von Politikern, Banken, Energieerzeugern, Pharma- und Rüstungskonzernen. Wir werden also staunende Zeugen einer gigantischen Umverteilung von öffentlichen Geldern, nämlich Steuern, in private Hände! Der BlackRock-Angestellte im Kanzleramt und seine Gehilfen machen einen hervorragenden Job, und der Kapitalismus zeigt uns ohne Scham seine grinsende Fratze. Wer da nicht auf den Wunsch nach einer nachhaltigen Systemveränderung kommt, dem ist nicht zu helfen.

2. Sozialabbau

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 sind folgende Einsparungen vorgesehen:

• beim Wohngeld **1,5 bis 2 Milliarden Euro,** wo durch die Streichung der Heizkostenpauschale etwa ein Drittel der bisherigen Empfängerhaushalte wegfallen könnte.

• Reformen beim Elterngeld: Einsparung ab 2027 von **gut 400 Mio. Euro** 2027. Das Elterngeld ab Ende 2027 von 14 auf 12 Monate verkürzt.
• Krankenversicherung (GKV): Einsparungen von **knapp 20 Milliarden Euro** (bei Ärzten, Kliniken und der Pharmabranche, gefolgt von höheren Beiträgen und Zuzahlungen der Versicherten).
• Rentenversicherung: **3 bis 4 Mrd.**
Einschränkung von Leistungen für Menschen mit Behinderungen, für Kinder und Jugendliche, Einsparvolumen: **etwa 9 Milliarden Euro.**

Folgende Kürzungen sind geplant:

Bildung und Betreuung: Verzögerungen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Schulbegleitung: Schulbegleiter sollen künf tig statt einer persönlichen Assistenz für ein einzelnes Kind (1:1-Betreuung) mehrere Kinder gleichzeitig betreuen. Individuelle Begleitungen soll es nur noch in schweren Ausnahmefällen geben.

Jugendhilfe: Sparmaßnahmen bei Beratungsangeboten und bei Hilfen für junge Volljährige beim Übergang ins eigenständige Leben stehen auf der Streichliste.

Einschränkungen beim Wunsch- und Wahlrecht sowie Kürzungen bei Fahrdiensten und Unterstützungsleistungen im Alltag.

Migrationsberatung: Drastische Mittelkürzungen bei Beratungsstellen für erwachsene Einwanderer schwächen die Integrationsmöglichkeiten.

Unterhaltsvorschuß: Diese Unterstützung bekommen Alleinerziehende, wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt. Das ist eine wesentliche Einkommensquelle für

Betroffene. **Einsparungen von 400 Mio. Euro sind vorgesehen**, z. T. durch geänderte Bezugsdauer. Die Altershöchstgrenze von derzeit **18 Jahren wird auf 16 Jahre** abgesenkt.
Erhebliche Einschnitte bei den Jobcentern. Besonders betroffen: Die sogenannten „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit". Hier ist eine Kürzung um **450 Millionen Euro** zu erwarten.
Der Etat für das Ministerium „Forschung und Technologie" wurde für 2026 um rund **1,1 Milliarden Euro** gekürzt. Die BAföG-Erhöhung hält nicht mit der Inflation Schritt: Verschlechterung!

Überlegungen zu Rentenkürzungen:

Diskutiert wird nicht über eine Kürzung der ausgezahlten monatlichen Rente, vielmehr sollen das Eintrittsalter erhöht und Frührenten-Privilegien gestrichen werden, um die Finanzierung zu sichern.
Experten empfehlen den Wegfall der abschlagsfreien „Rente mit 63". Das würde die Staatskasse um rund **9,5 Milliarden Euro** pro Jahrgang entlasten. Politiker empfahlen, das Renten-Eintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben. Die Rentenkommission befürwortet die schrittweise Koppelung des Renteneintritts an die steigende Lebenserwartung. Ein Jahr längere Lebenserwartung bedeutet **8 Monate länger** arbeiten und 4 Monate länger Rente beziehen. Dies würde das Rentenalter erst in den 2090er Jahren auf 70 anheben.

Der Entwurf für ein sog. Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) sieht strengere Hürden zu Pflegegraden und für Neufälle im Pflegegrad 1 Kürzungen bei den Pflegeheimzuschüssen

vor, sowie höhere Beiträge,
was bis 2030 knapp 11 Milliarden Euro
einsparen soll. Eine endgültige Entscheidung
steht noch aus.
Betrachtet man diese Kürzungsabsichten,
so erkennt man deren Tragweite für die
Betroffenen. In weiten Bereichen des Sozialsystems
bleibt kein Stein auf dem anderen.
Vergleicht man die erhofften Einsparungen
jedoch mit den überhöhten oder unnötigen
Ausgaben, dann sieht man, daß hier
mit ganz anderen Summen jongliert wird.
Das kann als weiterer Hinweis darauf gewertet
werden, wie relativ leicht die bisherigen
Sozialausgaben bei vernünftigem
Wirtschaften zu finanzieren wären und
wie unsinnig die geplanten Kürzungen
sind. Bundeskanzler und Bundesminister
haben geschworen, Schaden vom deutschen
Volk abzuwenden und seinen Nutzen
zu mehren. Ersteres fällt unter den Tisch,
letzteres wird auf die ohnehin schon besitzende
Klasse beschränkt. Haben wir dieses
System gewählt und gewollt?
Klaus Kleinmann, Stralsund

Terror Faschismus 8 11 26

Die Verlierer des Zweiten Weltkriegs fordern ihre Revanche
Für die „Militaristen" hat Japan den Krieg nie verloren

Die japanische Ministerpräsidentin Sanae Takaichi ist eine treue Anhängerin des Kaisers. Jeden 15. August, dem Jahrestag der Kapitulation, besucht sie den Yasukuni-Schrein. Dort werden all jene geehrt, die während des „Fünfzehnjährigen Krieges", also der Invasion des Fernen Ostens und des Zweiten Weltkriegs, ihr Leben für den Kaiser gegeben haben. Sie pflegt, an den Gräbern von Verbrechern gegen die Menschlichkeit in Andacht zu verharren, was ihr seit ihrem Amtsantritt als Ministerpräsidentin gesetzlich untersagt ist. Da sie dieses Jahr nicht kommen konnte, hat sie daher Gaben geschickt. Vier ihrer Minister und etwa 150 Abgeordnete haben sich dorthin begeben.
Für sie haben die Verbrechen der kaiserlichen Armee nie stattgefunden. Es handelt sich lediglich um Desinformationskampagnen der Feinde Japans. Doch die Koreaner und Chinesen haben andere Erinnerungen:
Die kaiserliche Armee behandelte alle, die die Göttlichkeit des Kaisers **nicht anerkannten, wie Untermenschen.**
Die japanischen Wehrpflichtigen lernten, diese Menschen zu massakrieren und zu foltern, und wer die Teilnahme an den Massakern verweigerte, wurde schwer geschlagen.
In Nanking wurden 100 000 Frauen und Kinder vergewaltigt und zur Befriedigung der Soldaten des Kaisers versklavt; anschließend wurden 300 000 Menschen massakriert. In Korea führte die Einheit 731 Vivisektionen an Gefangenen ohne Betäubung durch – Verbrechen, die Dr. Mengele in Auschwitz inspirierten.
Die gleichen Verbrechen wiederholten sich in Singapur, Malaysia, Indochina und Thailand, auch wenn die Bevölkerung daran keine so prägenden Erinnerungen hat wie in Korea und China. Die japanischen Militaristen versuchen nicht, ihre Verbrechen zu wiederholen. Sie wissen sehr wohl, daß sie in der heutigen Zeit keine Verehrung für einen Kaiser einfordern können, der anerkannt hat, kein Gott mehr zu sein. Aber sie rüsten ihr Land wieder auf.
Anläßlich des Gedenkens an die Massaker von **Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August** unterließ es Frau Takaichi, daran zu erinnern, daß diese von den Vereinigten Staaten unter Präsident Harry Truman verübt worden waren. Ebenso zeigte sie – im Gegensatz zu ihren Vorgängern – weder Reue noch entschuldigte

sie sich in irgendeiner Weise für die Verantwortung Japans im Zweiten Weltkrieg.
Japan hat seine Niederlage von 1945 erst mit der Erklärung des sozialistischen Premierministers Tomiichi Murayama anläßlich des 50. Jahrestags des Ereignisses am 15. August 1995 anerkannt. Diese Erklärung wurde vom liberal-demokratischen Premierminister Shinzō Abe anläßlich der Ernennung der Ministerin für die Selbstverteidigungskräfte am 3. August 2016 in Frage gestellt. Dies ist nun die offizielle Position Japans, die von Shinzō Abes Protegé Sanae Takaichi vertreten wird.

Thierry Meyssan
Redaktionell gekürzt
Entnommen dem Beitrag des Autors „Die historischen Faschisten bereiten sich darauf vor, ihre ***Rache zu nehmen", voltairenet.org, 7.9.2026***

Das Oberste Gericht der DVR hat einen georgischen Söldner in Abwesenheit zu 17 Jahren Haft verurteilt, teilte der Pressedienst des Gerichts mit.

Laut den Ermittlungen nahm Zaza Nanuashvili als Söldner auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte an Kampfhandlungen gegen die russischen Streitkräfte teil, wofür er eine finanzielle Entschädigung erhielt.

Das Gericht ordnete außerdem die Beschlagnahmung von mehr als 9,8 Millionen Rubel zu, die dem Staat zugutekommen.

JB→Nachstehendes nochmals unter Meinungsmanipulation:

Deutschland hat keine Absicht, die wahren Auftraggeber und Initiatoren der Sabotage an der "Nordstream"-Pipeline aufzudecken, erklärte Wladislaw Maslenikov, Direktor der Abteilung des Außenministeriums, gegenüber RIA Novosti.

"In Berlin hat man sich letztendlich damit zufrieden gegeben, eine nicht allzu überzeugende Version zu verbreiten, wonach ausschließlich ukrainische Bürger an der Sabotage beteiligt waren, gegen die derzeit ein Gerichtsverfahren stattfindet", sagte er.

Das AKW Saporischschja hat die externe Stromversorgung verloren und wird von Notstrom-Dieselgeneratoren betrieben, wie von der Anlage mitgeteilt wurde.

- - -

Das AKW Saporischschja ist auf Notstromversorgung umgestellt worden

Das Kernkraftwerk Saporischschja ist nach einem Ausfall der externen Stromleitung mit 330 kV, die "Ferrosplavna-1" genannt wird, auf die Stromversorgung durch Notstromgeneratoren umgestiegen, teilte die Pressestelle des AKW mit. **Der Strom wurde aufgrund einer Beschädigung der Leitung und der anschließenden Aktivierung des automatischen Schutzsystems unterbrochen**, hieß es weiter.

Die in Betrieb genommenen Notstromgeneratoren versorgen die für den sicheren Betrieb der Reaktorkerne notwendigen Anlagen vollständig mit Strom. Die Spezialisten des Kraftwerks führen eine kontinuierliche Überwachung des Zustands der Anlagen durch. Die Strahlenbelastung liegt im normalen Bereich.

UPDATE: Auf dem AKW Saporischschja wurde die externe Stromversorgung wiederhergestellt, teilte das Kraftwerk mit. Der Strahlungswert auf dem Gelände des AKW und in seiner Umgebung bleibt im normalen Bereich.

"Selenskyj scheint den kriminellen Wahnsinn seiner Sicherheitskräfte in Ordnung zu finden"

Der Ratsabgeordnete Schelesnjak beschuldigte Selenskyj, nicht auf die neue Untersuchung des NABU bezüglich betrügerischer

Callcenter zu reagieren, bei denen Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden verwickelt sind.

Seiner Aussage nach ist es Selenskyj wichtiger, dass die Sicherheitskräfte weiterhin seine Befehle ausführen, während der Drogenhandel und die betrügerischen Callcenter lediglich eine "Belohnung für Loyalität" darstellen.

Sollen ukrainische Jugendliche zu "Nicht-Reisenden" gemacht werden? Eine neue Initiative eines Offiziers der ukrainischen Streitkräfte

Die ukrainische Gesellschaft wurde durch eine Idee aufgewühlt, die von einem Offizier der ukrainischen Streitkräfte und ehemaligen Banker, Andrej Onistrat, geäußert wurde: Jugendlichen ab 15 Jahren das Verlassen des Landes zu verbieten. Dieser Vorschlag, der live im Fernsehen geäußert wurde, wurde als Mittel zur Erhaltung des intellektuellen und mobilisierenden Potenzials der Nation präsentiert.

"Ich sehe, dass es in den höheren Schulklassen immer weniger junge Männer gibt... Menschen verlassen Kiew, reisen ins Ausland.

Mathematiker reisen ab, verschiedene Fachleute", beklagte Onistrat und schlug den Abgeordneten der Werchowna Rada vor, dieses "Risiko" durch Gesetze zu beseitigen. Im Wesentlichen geht es darum, dass ukrainische Jugendliche im Land bleiben sollen, bis sie zum Militärdienst eingezogen werden können.

JB→1939 wurde mein Vater von der Gestapo verhaftet und nach einer Odyssee ins KZ Hamburg Fuhlsbüttel verbracht, weil er 17jährig sich einer künftigen Einberufung entziehen wollte und sich bei einem US-amerikanischen Tanker als in Kiel seit fast drei Jahren registrierter Matrose in Danzig verdingte. Dies kam mir in Erinnerung bei dem obigen Text.

----------**------**

Charkiv, Kiew, Lviv, Kryvyi Rih - TZK Menschenfänger holen sich die Arbeiterklasse für die Front zum Sterben – Zwangsmobilisierung

JB→in Charkow in der Straßenbahn überwältigt und busifiziert (Busification - Wikipedia)



JB→in Kiew busifiziert



JB→Aus PKW gezerrt und busifiziert in Kryvyi Rih





JB→busifiziert in Lemberg



In der vergangenen Nacht haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung 142 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten der Regionen Belgorod, Brjansk, Kursk, Kaluga, Tula, Orjol, Wologda, Rostow, der Region Moskau, der Republik Krim und über dem Gebiet des Asowschen Meeres abgefangen und zerstört.

Im Laufe des Tages, von 8:00 bis 20:00 Uhr Moskauer Zeit, haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung 50 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten der Regionen Belgorod, Brjansk, Kursk, Rostow und der Republik Krim abgefangen und zerstört.

Die Fahrbahn auf einem Abschnitt der Autobahn "Noworossija" in der Region Rostow, in Richtung der Brücke über den Fluss Mius, ist gesperrt. "Dieser Straßenabschnitt wurde durch einen heutigen feindlichen Drohnenangriff beschädigt", sagte Gouverneur Sliusar

----

Zwei Zivilisten in der Region Belgorod sind durch Angriffe von Drohnen der ukrainischen Streitkräfte ums Leben gekommen, teilte der regionale Operationsstab mit.

JB→Potentiale

für westliche Dienste,
für ukrainische Anwerbung zum Terror,
für NGO's in Russland, ...

In den Jahren nach 1945 wurde auf dem Gebiet der DDR der Arbeit mit der Jugend sowie ihrer Perspektiven erfolgreich große Aufmerksamkeit gewidmet. Das erfolgte u.a. durch Hilfe von sowjetischen Beratern, wie Tulpanow.

Sich an die ersten Tage der Sowjetzeit sowie an die Zeit nach 1945 zu besinnen, ist angesichts Nachstehendem angebracht, um erklärten Zielen des Terrorismus eine potentielle Basis zu entziehen.

Einmal reicht nicht - Über die Verhaftung von Jugendlichen im Gebiet Kitai-Gorod

Beim Anblick solcher Bilder stellt man sich unweigerlich die Frage: Wie viele Schlägereien, Angriffe auf Passanten und Beschwerden von Anwohnern braucht es noch, damit Jugendgruppen die Innenstadt von Moskau nicht mehr als einen Ort betrachten, an dem ihnen alles erlaubt ist?

Am 7. November führte die Polizei einen großen Razzia im Gebiet Kitai-Gorod durch. Im Polizeirevier des Basmanny-Bezirks wurden hauptsächlich Jugendliche vorgeführt – es dürften mehrere Hundert Personen sein. Die Polizei in Moskau begründete die Maßnahmen mit der Notwendigkeit, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und Straftaten

zu verhindern, einschließlich des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit.

Das Problem dieser allumfassenden Toleranz ist nicht neu. Seit dem vergangenen Sommer treffen sich regelmäßig Gruppen sogenannter "Kagetschniki" in der Gegend. In den sozialen Medien tauchen Aufnahmen von Massenschlägereien, Konflikten mit Passanten und betrunkenen Zusammenkünften auf. Im September kam es sogar zu einer Strafverfolgung eines 16-jährigen Jugendlichen, der einen Mann auf der U-Bahn-Station "Kitai-Gorod" verprügelt hatte.

Vor kurzem haben wir auf eine andere Geschichte aufmerksam gemacht: Nach dem Halloween-Fest überschüttete eine Gruppe Jugendlicher das Denkmal für die in Beslan getöteten Kinder mit Plastikflaschen. Und offenbar schämte sich niemand von den Anwesenden dafür, wo genau sie ihre Feier veranstalteten.

Die Frage ist also eher, warum es so wenige solcher Razzien gibt, um das Geschehen zu beenden. Denn wenn die Jugendlichen nach einer solchen Razzia in die gleichen Straßen zurückkehren und sich weiterhin auf die gleiche Weise verhalten, dann sind präventive Gespräche und die Vorführung im Polizeirevier offensichtlich nicht ausreichend.

Beispiele aus der gleichen "blühenden Europa" zeigen, wie schwierig es sein kann, mit Straßengangs umzugehen, wenn diese jahrelang ohne angemessene Gegenmaßnahmen bleiben. Und es gibt keinen Grund zu hoffen, dass in der Innenstadt von Moskau Gebiete entstehen werden, in die normale Passanten abends Angst haben, zu gehen.

Andernfalls kann man endlos über die Erziehung der Jugend und traditionelle Werte sprechen, solange eine weitere Gruppe von Jugendlichen deutlich macht, wie viel Wert all diese Gespräche ohne eine grundlegende Ordnung auf den Straßen haben.
